

Der Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im Mai weiter spürbar verbessert: Im vergangenen Monat waren 223.000 Menschen weniger arbeitslos als im April. Dies ist nicht nur der mit Abstand stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in einem Mai seit der Wiedervereinigung.

Damit ist auch die Arbeitslosigkeit erstmals seit Sommer 1995 in ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist ein Erfolg der Reformpolitik der CDU.

Die
Daten:

Die Trendwende ist da – die Job-Maschine läuft

● In Westdeutschland lag die Zahl der Arbeitslosen im Mai bei 2,83 Millionen – 127.000 weniger als im April. Die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 9,1 Prozent.

● In Ostdeutschland lag die Zahl der Arbeitslosen im Mai bei 1,37 Millionen – 97.000 weniger als im April. Die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 18,1 Prozent.

● Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote lag bei 10,9 Prozent (April 1998: 11,4 Prozent). Erstmals seit Ende 1996 liegt die Quote damit unter 11 Prozent.

Auf eine kräftige Belebung des Arbeitsmarktes weist auch die weiter angestiegene Zahl der offenen Stellen

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Bundesvorstand

Wir sind eine Gesellschaft des Helfens und des Miteinanders. Generalsekretär Peter Hintze berichtet von den Ergebnissen der Vorstandssitzung. Seite 4

● Energiepolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl: Kein Verständnis für das Verhalten der Kernkraftwerksbetreiber. Seite 8

● 10. Parteitag

Kurt Biedenkopf: Freiheitliche Verantwortung oder Vormundschaft. Am 27. September brauchen wir eine Entscheidung für die Freiheit. Seite 10-16

● Bundestreffen

Bundeskanzler Helmut Kohl: Das Tor nach Deutschland bleibt für die Rußlanddeutschen offen. Seite 17

● Frauen-Union

Beteiligt an den Zukunftsentwürfen für das 21. Jahrhundert. Rita Süßmuth anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Frauen-Union. Seite 24

● Kurz & bündig

ARGUMENTE: Politik für Frauen, Kinder und Familie. Seite 35

Kurz & gut

Ausbau der Beschäftigung

- Um 90.000 Stellen will die Informationstechnik die Zahl ihrer Arbeitsplätze ausbauen;
- mit 35.000 neuen Arbeitsplätzen rechnet die Autobranche in diesem Jahr;
- 25.000 neue Arbeitsplätze soll es in der Elektroindustrie geben.

Als besonders erfolgreich

hat sich in den neuen Bundesländern der besondere Lohnkostenschuß für ostdeutsche Unternehmen erwiesen. Allein dank dieses Instruments ist im Laufe dieses Jahres mit rund 150.000 neuen Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaft zu rechnen.

Rund 40% der Handwerksbetriebe

wollen einer neuen Umfrage zufolge zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Vor allem die Neuregelungen der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und beim Kündigungsschutz haben, wie zu erfahren war, die Bereitschaft mittelständischer Unternehmen dazu angestoßen.

Am Angebot soll es nicht liegen

17.500 zusätzliche Ausbildungsplätze, 2.500 mehr als 1997, werden mit dem diesjährigen Lehrstellenprogramm Ost gefördert. Die Bundesregierung wendet hierfür rund 230 Millionen DM auf.

Als Lohnempfänger Miteigentümer machen

Von heute 94 DM auf 254 DM in West- und 294 DM in Ostdeutschland soll nach dem Willen der Bundesregierung die maximale Sparzulage wachsen. Das sind 160 bzw. 200 DM mehr als bisher. So sieht es der Entwurf eines Dritten Vermögensbeteiligungsgesetzes vor, das am 29. Mai im Bundesrat beraten worden ist.

Jetzt schlägt die Stunde der Arbeitsvermittlung

Auf fast 500.000 ist nach den neuesten Arbeitsmarktzahlen die Zahl der offenen Stellen gestiegen. Wenn man berücksichtigt, daß den Arbeits-

ämtern nur etwa jede dritte freie Stelle gemeldet wird, dann bedeutet das: In Deutschland gibt es zur Zeit mindestens 1,3 Millionen – vielleicht

sogar 1,5 Millionen – verfügbare Arbeitsplätze. Für jeden dritten Arbeitslosen wäre damit eine Stelle vorhanden. Josef Siegers, stellvertre-

tender Vorstandsvorsitzender des Bundesanstalt für Arbeit und Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen

Arbeitgeberverbände (BDA): „Jetzt schlägt die Stunde der Vermittlung.“ Hauptaufgabe der Arbeitsämter deshalb: die Besetzung offener Stellen.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
19**

**Bundeskanzler Helmut Kohl:
Die Trendwende
am Arbeitsmarkt!**

Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im Mai weiter spürbar verbessert: Im vergangenen Monat waren 223.000 Menschen weniger arbeitslos als im April. Dies ist nicht nur der mit Abstand stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in einem Mai seit der Wiedervereinigung. Damit ist auch die Arbeitslosigkeit erstmals seit Sommer 1995 in ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahr gesunken: Ein Erfolg der Reformpolitik der CDU.

- In Westdeutschland lag die Zahl der Arbeitslosen im Mai bei 2,83 Millionen - 127.000 weniger als im April. Die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 9,1 Prozent.
- In Ostdeutschland lag die Zahl der Arbeitslosen im Mai bei 1,37 Millionen - 97.000 weniger als im April. Die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 18,1 Prozent.
- Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote lag bei 10,9 Prozent (April 1998: 11,4 Prozent). Erstmals seit Ende 1996 liegt die Quote damit unter 11 Prozent.

Auf eine kräftige Belebung des Arbeitsmarktes weist auch die weiter angestiegene Zahl der offenen Stellen hin: Im Mai wurden den Arbeitsämtern

123.000 offene Stellen gemeldet, der Bestand beträgt nun insgesamt 484.000.

Die Trendwende ist da – die Job-Maschine läuft

Die CDU hat mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen für den Aufschwung geschaffen:

- In den ersten drei Monaten des Jahres ist die deutsche Wirtschaft um 3,8 Prozent gewachsen.
- Mit einer Steigerung von 15,9 Prozent lagen die Exporte im ersten Quartal erneut auf Rekordkurs.
- Die Unternehmen der Elektrotechnik und Elektroinnern rechnen für 1998 mit Umsatzsteigerungen um 5 bis 6 Prozent.
- Die Nachfrage nach deutschen Autos ist kräftig gestiegen: Bei den Herstellern gingen im ersten Quartal 9 Prozent mehr inländische Bestellungen ein.
- Der Auftragseingang in der Textilindustrie ist in den ersten drei Monaten um 5 Prozent gestiegen.

Bundesweit „Schlußlicht“

Bei der Abrufung von Arbeitsförderungs-Mitteln ist nach den Worten des Bundesarbeitsministers Brandenburg bundesweit „Schlußlicht“. Erst im Februar und dann im März habe sich das Land um Gelder für den

„zweiten Arbeitsmarkt“ bemüht, so Norbert Blüm. Die Förderung hat 3.500 Menschen erst mit Verspätung erreicht. Blüm mahnte die Sozialministerin Regine Hildebrandt: In Zukunft handeln, anstatt wortreich klagen.

Einen neuen Rekordstand

hat das Geschäftsklima des verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland erreicht. Die Auftragseingänge lagen dort im März um mehr als 30 Prozent über dem Vorjahresstand. Um 5,3 Prozent gegenüber dem Vormonat hat im

selben Monat die Nachfrage im ostdeutschen Baugewerbe zugenommen. Wie das Konjunkturbarometer Ost von „Tagesspiegel“ und „Handelsblatt“ zeigt, geht es auch im ostdeutschen Einzelhandel wieder aufwärts.

Lob für die CDU, Kritik an der SPD

Das „Zukunftsprogramm“ der CDU haben die Medien wohlwollender dargestellt als das SPD-Wahlprogramm „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“.

Wie ein Vergleich der Berichterstattung über die Parteitage der CDU in Bremen und der SPD in Leipzig zeigt, ist insbesondere die Wirtschaftspolitik der CDU positiver dargestellt worden als die der SPD.

Zwei Gründe haben, wie der Newsletter „Medien-Tenor“ vom 20. Mai zeigt, zu diesem Ergebnis geführt: Vor allem die Wiedergabe der Erklärungen

von CDU-Politikern hat das sachpolitische Bild der Partei in der Berichterstattung bestimmt. Ihr Anteil lag bei 85 Prozent. Demgegenüber sind Sozialdemokraten bei der Darstellung ihrer Positionen weit weniger häufig zu Wort gekommen - und wenn, dann in kritischer Wiedergabe.

Noch 1997 hatten die Medien die Sachpolitik der Regierungsparteien kritisch dargestellt. Jetzt ist es der CDU offensichtlich gelungen, sich den Journalisten als imponierende Größe in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu präsentieren.

Fortsetzung von Seite 1

hin: Im Mai wurden den Arbeitsämtern 123.000 offene Stellen gemeldet, der Bestand beträgt nun insgesamt 484.000. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sieht diese Entwicklung bereits mit Sorge, da den Arbeitsämtern nur etwa jede dritte freie Stelle gemeldet würde. Insgesamt beläuft sich die Zahl der offenen Stellen nach Rechnung der BDA auf 1,3 bis 1,5 Millionen.

Wir sind auf dem richtigen Weg!

Die CDU hat mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzung für den Aufschwung geschaffen:

- In den ersten drei Monaten des Jahres ist die deutsche Wirtschaft um 3,8 Prozent gewachsen.
- Mit einer Steigerung von 15,9 Prozent lagen die Exporte im ersten Quartal erneut auf Rekordkurs.
- Die Unternehmen der Elektrotechnik und Elektronik rechnen für 1998 mit Umsatzsteigerungen um 5 bis 6 Prozent.

- Die Nachfrage nach deutschen Autos ist kräftig gestiegen: Bei den Herstellern gingen im ersten Quartal 9 Prozent mehr inländische Bestellungen ein.

- Der Auftragseingang in der Textilindustrie ist in den ersten drei Monaten um 5 Prozent gestiegen.

Diese positive wirtschaftliche Entwicklung setzt sich nun auch in Arbeitsplätze um:

- Für dieses Jahr rechnet die Elektroindustrie mit 25.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen.

- Saisonbereinigt ist die Zahl der Beschäftigten im Januar und Februar in der Metall- und Elektroindustrie um 25.000 angestiegen.

- Die Informationswirtschaft plant für 1998 rund 90.000 zusätzliche Stellen.

- Der Maschinen- und Anlagenbau plant die Einstellung von 20.000 neuen Mitarbeitern.

Deutschland ist moderner geworden. Es lohnt sich, in Deutschland zu arbeiten und zu investieren.

Wir sind eine Gesellschaft des Helfens und des Miteinander

Generalsekretär Peter Hintze berichtet von den Ergebnissen der Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung am 8. Juni im Konrad-Adenauer-Haus:

Zum Zuganglück von Eschede:

Wir trauern um die Opfer und mit deren Angehörigen. Der Bundeskanzler hat in Eschede ein großes Maß von Hilfsbereitschaft angetroffen: freiwillige Helfer, Rotes-Kreuz, Johanniter, Bundeswehr, Polizeibeamte, Grenzschutz und viele Menschen sind aus nahegelegenen Häusern spontan zu Hilfe geeilt.

Wir haben bei dieser Katastrophe erfahren, daß wir in Deutschland eine Gesellschaft des Helfens und des Miteinander sind, in der Not zueinander stehen und füreinander eintreten.

Das war bei der Abwehr der Flutkatastrophe an der Oder so, und das ist auch bei diesem schrecklichen Eisenbahnunglück so.

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann hat deutlich gemacht, daß die Unglücksursache sehr gründlich untersucht wird und daß alles getan wird, um die Sicherheit der Eisenbahn auch in Zukunft zu gewährleisten.

Zum Kleinen Parteitag der Grünen vom Wochenende:

Die Grünen haben viel Tarnfarbe auf ihr Magdeburger Programm geschmiert. Sie versuchen die Bürger über ihre wahren Absichten zu täuschen.

Aber alle Tarnfarbe nützt nichts: die Grünen sind und bleiben die Partei der Bürgerbevormundung.

● Das gilt für die Benzinpreiskeule, die

sich jetzt hinter schwammigen Formulierungen verstecken muß.

● Das gilt für die Urlaubsbevormundung, die auf Beschlüssen der Grünen-Bundestagsfraktion fußt.

● Das gilt für die Asylrechtszumutung und für die insgesamt bundeswehrfeindliche Haltung der Grünen, die auch auf diesem Wochenendkongreß nur mit Mühe kaschiert werden konnte.

Das wahrste Wort dieses Klein-Grünen-Parteitags kam von Joschka Fischer. Er hat den Grünen zugerufen: Wir sind die alten geblieben. Hoffentlich bekommenn das viele in der Bevölkerung mit – auch solche, die zwischendurch einmal einen positiven Eindruck von den Grünen erhalten haben.

Zu den Castor-Transporten:

Der Bundesvorstand hat sich geschlossen hinter Angela Merkel gestellt. Es stellt sich heraus, daß die Bundesumweltministerin ihre Arbeit ausgezeichnet gemacht hat, was man nicht von allen sozialdemokratischen und grünen Landesverantwortlichen sagen kann. Frau Merkel ist eine exzellente Sachwalterin des Umweltschutzes und eine engagierte Anwältin der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Der Versuch der Grünen, aus den Vorgängen um die Castor-Transporte einen Angriff auf die Bundesumweltministerin zu machen, ist kläglich mißlungen.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Wir stellen fest:

● Die Jobmaschine läuft auf vollen Touren.

● Wir haben an Wirtschaftskraft in einem

Maße zugelegt, wie uns das nur wenige zugetraut haben.

● Wir haben mit einem realen Wachstum von 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal diesen Jahres das kräftigste Wachstum seit 1990 erreicht.

● Wir haben in den neuen Ländern ein noch stärkeres Wachstum erreicht: entscheidende Voraussetzung dafür, daß sich die Lücke in der Wirtschaftskraft zwischen den neuen und den alten Ländern schließt.

Wir können also feststellen: Die Wirtschaft brummt, und auch die Beschäftigung nimmt mächtig zu.

Wir fühlen uns durch diese wirtschaftliche Entwicklung im Aufwind. Die wirtschaftliche Entwicklung ist der Beweis dafür, daß die Reformen, die wir durchgeführt haben, richtig und zielführend waren, und daß es jetzt darauf ankommt, sie fortzusetzen und das Erreichte nicht durch Rot-Grün gefährden zu lassen.

Ich habe einen Vorschlag an den Deutschen Gewerkschaftsbund: Er soll angesichts der neuen Arbeitsmarktzahlen, angesichts der neuen Wirtschaftsdaten, angesichts der Tatsache, daß wir Nummer eins in Europa bei zusätzlicher Beschäftigung und zusätzlicher Wirtschaftskraft sind, seine Kampagne gegen die Bundesregierung schleunigst einstellen.

Auf dem DGB-Kongreß in Düsseldorf bestünde dazu aller Anlaß, und Herr Schulte täte gut daran, ein Signal der Versöhnung in Richtung der von der Bundesregierung verantworteten Politik für Wachstum und Beschäftigung zu stellen.

Wir haben heute ebenfalls zur Kenntnis genommen, daß die Mehrwertsteuererhöhung die Stabilität unseres Geldwertes nicht beeinträchtigt hat. Starkes Geld ist eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für die soziale Sicherheit gerade der Menschen

mit kleinem oder mittleren Einkommen. Wir werden unseren Wahlkampf darauf ausrichten, den Wählerinnen und Wählern klarzumachen: Ein Stimmkreuz für die Union wird die wirtschaftliche Entwicklung weiter verbessern helfen; ein Stimmkreuz für SPD, Grüne und PDS würde sie gefährden.

Zum Spiegel-Interview des Kommunistenchefs Bisky am Wochenende:

Bisky hat darin zugesagt, daß sich Herr Schröder auf die Stimmen der PDS verlassen könne. Die PDS sei bereit, Herrn Schröder in einer rot-grün-dunkelroten Koalition zu unterstützen.

Man kann Herrn Bisky eigentlich wenig trauen, aber in diesem Fall darf man sich auf ihn verlassen. Er schätzt Schröder richtig ein: Aus reiner Machtgier würde der sich auf die Stimmen der PDS stützen.

Genau deshalb müssen die Wählerinnen und Wähler wissen, was sie bei einem Richtungswechsel in Deutschland zu erwarten haben, nämlich sachsen-anhaltinische Verhältnisse, Niedergang der wirtschaftlichen Kraft, Ansteigen der Arbeitslosigkeit und politische Unsicherheit. Genau deshalb werden wir unseren Wahlkampf als klaren Richtungswahlkampf führen. So ist er angelegt.

Insgesamt wollen wir unseren Wahlerfolg auf drei Säulen bauen:

- **Säule eins** ist unser Kanzler, der erfolgreichste Regierungschef in Europa.
- **Die zweite Säule** sind unsere politischen und wirtschaftlichen Erfolge.
- **Die dritte Säule** ist unser Zukunftsprogramm.

Zur Diskussion um den Regierungssprecher:

Nach dem Interview mit Otto Hauser am Wochenende und der Einigung zwischen

Der Bundestagswahlkampf tritt in seine erste entscheidende Phase

Es hat nicht lange gedauert, und ein wirtschaftlicher Aufschwung, der auch den Arbeitsmarkt erreicht, wird jetzt – wenige Wochen nach dem Bremer Parteitag – deutlich sichtbar.

Um die positive Entwicklung in unserem Land eng mit der Politik der CDU zu verknüpfen, hat Bundesgeschäftsführer Christian Dürig der CDU und ihren Gliederungen vorgeschlagen, an den Wochenenden dieses Monats Aktions Schwerpunkte zu setzen. Damit soll das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern für unsere Zukunftskonzeption gewonnen werden.

Die Bundesgeschäftsstelle hat zahlreiche

Materialien vorbereitet, mit denen die Aktionen ausgestattet werden können:

- Leporellos und Argu-Karten
- das Zeitungsflugblatt „Neuer Aufschwung, neue Arbeit“
- den Aktionsleitfaden „Neuer Aufschwung, neue Arbeit“
- die Argumentationshilfe „Argumente statt Unterstellungen“ zur Kampagne des DGB
- ein Handbuch der politischen Argumentation und
- die Broschüre „Aufschwung Ost“.

Bestellungen: In unserem Versandzentrum nach den Bestelldaten des Gesamtangebots in UiD 16/1998.

ihm und der Bundespressekonferenz halten wir die Debatte für positiv abgeschlossen.

In der Sache stehen wir zu dem, was Haus politisch vertreten hat.

● **Erstens:** Der Aufbau Ost hat für uns klare Priorität.

● **Zweitens:** Für den Bundeskanzler sind die neuen Länder ein Herzensanliegen, sie sind das zentrale Anliegen seiner Politik seit dem Tag der Einheit.

● **Drittens:** Radikale müssen linksaußen und rechtsaußen bekämpft werden. Und: Die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der PDS irritiert viele Menschen in Deutschland.

Ein Regierungssprecher ist kein unpolitischer Mensch. Er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, auf einen solchen Zusammenhang hinzuweisen.

Weitersagen!

Wer heute ein Eigenheim baut, bekommt Baugeld für zehn Jahre zu Zinsen von unter 6 Prozent. Zu Beginn meiner Amtszeit, nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte von Helmut Schmidt, waren es noch 11 Prozent. Das heißt ganz konkret gerechnet: Ein Baudarlehen über 250.000 DM kostete damals fast 2.300 DM im Monat. Heute sind es 1.250 DM. Das ist die Wahrheit über die Realität in der Bundesrepublik Deutschland. Sagen wir das draußen an den Ständen und überall dort, wo wir mit den Leuten reden!

Helmut Kohl in seinem Bericht auf dem 10. Parteitag in Bremen

Die SPD-Steuerpläne belasten den Aufschwung

Zu den steuerpolitischen Vorstellungen der SPD erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die steuerpolitischen Aussagen führender SPD-Politiker der vergangenen Wochen bedeuten keine Entlastung, sondern eine deutliche Belastung der mittelständischen Wirtschaft. Es ist eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn Ministerpräsident Schröder in der vergangenen Woche auf einem SPD-Kongreß zum Thema Mittelstand ankündigt, „die Kräfte zur Eigenkapitalbildung und Selbstfinanzierung mittelständischer Unternehmen umfassend zu stärken, die Steuerabgabenbelastung zu senken und eine Kostenentlastung des Faktors Arbeit herbeizuführen“. Die tatsächlichen Pläne der SPD bewirken das genaue Gegenteil.

Die SPD will:

- Die Einführung der Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler;
- die Wiedereinführung der Vermögensteuer, ohne die seinerzeit vorgenommene

Gegenfinanzierung zurückzunehmen (Erhöhung der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer);

- die Einführung einer Mindeststeuer, nach der Verluste nur noch in begrenztem Umfang abzugsfähig sein sollen;
- die Einführung einer Ausbildungsabgabe (Lehrlingssteuer);
- die Einführung eines komplizierten Optionsmodells für die Körperschaftsteuer. Eine Senkung des für den Mittelstand relevanten Höchstsatzes der Einkommensteuer ist nicht vorgesehen. Damit bleiben Personengesellschaften (die wichtigste Rechtsform des Mittelstandes) von der Senkung der Unternehmensteuersätze ausgeschlossen;
- die Streichung von Steuervergünstigungen ausschließlich im Unternehmensbereich ohne spürbare Tarifentlastung;
- Einführung einer Ökosteuer im nationalen Alleingang.

Diese Pläne bedeuten nichts anderes als Steuererhöhungen für Unternehmen und schlechtere Investitionsbedingungen in Deutschland.

SPD-Politik ist Risiko für den Arbeitsmarkt

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen erklärte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Hörster:

Die Situation am Arbeitsmarkt wird sich im weiteren Verlauf des Jahres 1998 weiter verbessern. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die von der

Koalition umgesetzten Reformen auch weiterhin Bestand haben. Daher begründen die Ankündigungen der Sozialdemokraten, man werde die von der Koalition durchgesetzten bisherigen Reformen zurücknehmen, das Risiko einer massiven Verunsicherung am Arbeitsmarkt zu Lasten der Arbeituchenden. .

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Kein Verständnis für das Verhalten der Kernkraftwerksbetreiber

Vor rund 2.300 Gästen übermittelte Bundeskanzler Helmut Kohl die herzlichen Glückwünsche zum 100jährigen Bestehen der RWE AG. Der wechselseitige, nicht immer einfache Weg des Unternehmens sei untrennbar mit dem Siegeszug der Elektrizität verknüpft. Mit dem Wandel vom reinen Energieunternehmen zum breitgefächerten modernen Technologie-Konzern sei RWE heute gut vorbereitet auf das zweite Jahrhundert der Unternehmensgeschichte.

Als größter deutscher Energieversorger und eines der größten Industrieunternehmen unseres Landes habe die RWE AG zugleich eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit, so der Bundeskanzler. Er unterstrich: "Wir haben Soziale Marktwirtschaft, nicht Marktwirtschaft pur. Wir wollen Wettbewerb und sozialen Ausgleich." Deshalb dürfe nicht nur auf den Börsenkurs geschaut werden.

Für Investoren und Arbeitsplätze in Deutschland seien wettbewerbsfähige und verlässliche Rahmenbedingungen unverzichtbar. Dies gelte in besonderer Weise für den sensiblen Bereich der Energiepolitik.

Klare Worte

sagte der Bundeskanzler in diesem Zusammenhang zur aktuellen Debatte um die Castor-Transporte. Die Kernenergie sei wie kaum ein anderer Bereich auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das Vertrauen und die Akzeptanz dieser Technologie seien von deutschen Kernkraftwerksbetreibern im Zusammenhang mit dem Transport von Castor-

Behältern nach Frankreich und Großbritannien schwer erschüttert worden.

Er habe keinerlei Verständnis

für das Verhalten der Kernkraftwerksbetreiber. Sie hätten es unterlassen, die zuständigen Behörden über radioaktive Verunreinigungen zu informieren, obwohl sie wissen mußten, wie sensibel die Menschen darauf reagieren und welche ver-

**Bundeskanzler Helmut Kohl
anlässlich des Festakts zum
100jährigen Jubiläum der
RWE AG am 5. Juni in Essen**

ständlichen Sorgen dadurch ausgelöst würden. Dies sei keine juristische Frage einer Meldepflicht, sondern eine Frage des gesellschaftspolitischen Verantwortungsgefühls.

Die Kernkraftwerksbetreiber hätten dem Standort Deutschland damit schweren Schaden zugefügt. Von den betroffenen Unternehmen erwarte er, daß sie - auch im eigenen Interesse - Bundesministerin Merkel bei der Umsetzung ihres 10-Punkte-Programms mit allen Kräften unterstützen würden. Nur so sei verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Zur Wahrheit gehöre

allerdings ebenso, daß durch die festgestellten Verunreinigungen an Castor-Behältern nach derzeitigen Erkenntnissen zu keinem Zeitpunkt die Gesundheit von

Aufbau Ost behält Priorität

Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe eingeweiht

Weitere dauerhafte Hilfe hat Bundeskanzler Helmut Kohl den neuen Bundesländern bei der Einweihung des neuen Braunkohlekraftwerks Schwarze Pumpe in der Lausitz in Brandenburg zugesichert.

Der Bundeskanzler, der von der versammelten Belegschaft mit Applaus begrüßt wurde, wörtlich: „Der Aufbau Ost behält auch in Zukunft Priorität.“

Die neue Anlage hat nach Angaben des Betreibers Vereinigte Energiewerke AG 4,5 Milliarden DM gekostet und gilt als das modernste Braunkohlekraftwerk der

Welt. Seine zwei Blöcke mit je 800 Megawatt Leistung erreichen einen Wirkungsgrad von rund 40 Prozent. Aufwendige Filteranlagen entschwefeln die Abgase fast vollständig.

Als einen „wichtigen Abschnitt beim Aufbau einer hochmodernen Energiewirtschaft in Ostdeutschland“ hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Neubau in seiner Eröffnungsrede bezeichnet und in den fast 50 Milliarden Mark, die bisher in dieser Branche investiert worden sind, eine willkommene Schubkraft für den Aufbau Ost begrüßt.

Menschen gefährdet worden sei. Der Bundeskanzler sagte dies insbesondere mit Blick auf die Polizeibeamtinnen und -beamten, die in vorbildlicher Weise ihre Pflicht getan hätten.

Deutliche Kritik

übte der Bundeskanzler am Verhalten mancher Landesregierungen. Er habe kein Verständnis dafür, wie manche jetzt aus wahltaktischen Gründen versuchten, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Statt an der Aufklärung der Vorgänge konstruktiv mitzuwirken, nutzten sie die verständlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aus. Sie wollten so ihrem ideologischen Ziel – Ausstieg aus der Kernenergie – näherkommen.

Deutschland verfüge über eine moderne und im Vergleich der führenden Industrienationen sehr umweltschonende Energieversorgung. Diese dürfe nicht durch ideologische Experimente aufs Spiel gesetzt werden. ■

Weitersagen!

Wichtiger Termin

Nach dem Rentenreformgesetz vom 10. Oktober 1997 werden die Kindererziehungszeiten als Teil der Rente in drei Stufen angehoben.

Bereits am 1. Juli 1998 wird bei allen laufenden Renten mit Kindererziehungszeiten die pauschale Erhöhung durchgeführt.

Wir weisen darauf hin, daß weder die Versicherungsanstalten noch die Post die betroffenen Personenkreise schriftlich über die Rentenerhöhung informieren.

Geben Sie diese wichtige Information an alle diejenigen weiter, von denen Sie meinen, daß sie davon betroffen sind!

Freiheitliche Verantwortung oder Vormundschaft

Am 27. September brauchen wir eine Entscheidung für die Freiheit

Erste Feststellung: Unsere Verantwortung für den Aufbau in Ostdeutschland ist eine gesamtdeutsche Verantwortung; der Westen trägt sie genauso wie der Osten. Angela Merkel hat recht, wenn sie sagt: Deutschland ist insgesamt ein neues Land geworden. Es ist insgesamt eine Einheit.

Die Verantwortung für diese Einheit ist nicht teilbar. Wir leisten verschiedene Beiträge zur Einlösung dieser gemeinsamen Verantwortung, aber diese Beiträge greifen ineinander. Nur wenn sie gemeinsam auf das gleiche Ziel gerichtet erbracht werden, werden sie erfolgreich sein.

Die Debatte heute erinnert mich an Debatten, die wir zu Beginn der Zeit geführt haben, als Helmut Kohl Parteivorsitzender wurde. Es ist jetzt fast auf den Tag 25 Jahre her, daß Helmut Kohl Bundesvorsitzender der CDU wurde. Ich war damals sein Generalsekretär. Damals haben wir nicht nur die Erneuerung unseres Landes – damals Westdeutschlands –, sondern auch eine politische Auseinandersetzung über die Frage in Gang gebracht, wie denn dieses Westdeutschland in Zukunft aussehen soll.

Soll es ein freiheitliches, auf der Fähigkeit seiner Bürger zu Freiheit und Verantwortung aufbauendes Land sein, oder soll es ein Land sein, in dem die Kollektive regieren?

Wir meinten die Kollektive von Bürokratien und Funktionären, also das, was später als „vormundschaftlicher Staat“ bezeichnet wurde.

Mir wird deutlich – das ist mir eigentlich schon lange, gerade auch in der Auseinandersetzung der letzten Jahre klar geworden –, daß dies eine Auseinandersetzung ist, die dauerhaft geführt werden muß. Was wir im Augenblick erleben, ist wiederum die Auseinandersetzung über die Frage: Wie sollen denn Deutschland und Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestaltet werden?

**Ministerpräsident
Kurt Biedenkopf am 18. Mai
auf dem 10. Parteitag
der CDU in Bremen**

Wir führen diese Debatte nicht nur mit Blick auf Sachsen-Anhalt oder Ostdeutschland. Wir führen diese Debatte mit Blick auf ganz Deutschland und mit Blick auf den Raum, für den wir in Zukunft mit **einer** Währung auch **ein** gemeinsames Schicksal und damit auch **eine** gemeinsame politische Ordnung haben wollen. Wie diese gemeinsame politische Ordnung aussehen wird, das wird sich zu einem wesentlichen Teil in Deutschland entscheiden.

Deshalb ist diese Auseinandersetzung nicht nur eine deutsche Angelegenheit.



Kohl

Foto: Joachim Giesel

Von dem Bremer Parteitag soll und wird eine Vision ausgehen: die einer Gesellschaft freier Bürger, denen der Staat dient, ohne die Absicht zu haben, je ihr Vormund werden zu wollen, ein Staat unter dem Recht, zum Schutz der Bürger, aber auch zur Sicherung ihrer Verantwortlichkeiten, Bürger, die die Freiheit zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gemeinschaft nutzen, kein Staat, keine Gesellschaft, in der wir der Freiheit mißtrauen, Freiheit mit Kapitalismus und Freiheit mit kalt, egoistisch und gleichgültig gleichsetzen, um auf diese Weise Stimmung gegen Freiheit und Verantwortung zu machen.

Aber wir müssen sie führen. Es geht um die Inhalte: Freiheitliche Verantwortung oder Vormundschaft. Es geht um den Inhalt der politischen Union, und es geht um den Aufbau einer Gesellschaft freier Menschen, die alleine nach meiner Überzeugung das 21. Jahrhundert in Freiheit gestalten kann. Darum geht es in Deutschland, in seinen Bundesländern, in unseren Nachbarländern und in Europa.

Wir haben für diese Auseinandersetzung ein sehr solides Fundament in ganz Deutschland gelegt –

nicht nur im Westen oder im Osten. Daß dieses Fundament noch in unterschiedlicher Weise tragfähig ist, daß es sich noch nicht in gleicher Weise entwickelt hat, steht dazu nicht im Widerspruch.

Die Leistungsfähigkeit unserer Bundesrepublik Deutschland heute ist hervorragend. Es gehört zu den großen Paradoxa unserer Debatte, daß das reichste und leistungsfähigste Land in Europa unfähig ge-

worden ist – unsere Partei nehme ich dabei aus –, zu verstehen, welche Kraft sich hier für die Bewältigung der Zukunft sammelt.

Es gehört aber auch zu den Strategien des politischen Gegners, genau diese Darstellung zu verhindern.

Wenn ich sage: „11 Prozent Arbeitslosigkeit ist zuviel“, dann ist diese Aussage richtig. Aber man müßte mit folgendem Satz fortfahren: 89 Prozent der Menschen, die Arbeit suchen, haben bereits Arbeit. Ich wiederhole: 89 Prozent – und das in einem Arbeitsmarkt, von dem wir sagen, er müsse noch flexibler, anpassungsfähiger und leistungsfähiger werden.

Das heißt, ungeachtet der noch bestehenden Schwierigkeiten hat der gegenwärtige Arbeitsmarkt eine Effizienz von fast 90 Prozent. Das muß man dazusagen.

Denn die 90 oder die 85 Prozent brauchen wir, wenn wir die anderen 10 oder 15 Prozent in Arbeit bringen wollen. Wenn wir ihre Leistung nicht anerkennen, dann entmutigen wir sie, und dann nehmen wir sie nicht in die Solidarität hinein, in die wir sie hineinnehmen müssen, wenn wir die Probleme lösen wollen.

Die Leistungsfähigkeit unseres Landes in jeder Hinsicht wird von aller Welt gelobt. Besucher aus aller Welt kommen und staunen über das, was alles schon geschehen ist – und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern zunehmend auch im östlichen Teil unseres geeinten Deutschlands. Die Probleme leugnen wir nicht, das zu tun wäre ganz verkehrt. Es ist schon vielfach darüber geredet worden: Die Arbeitslosigkeit ist zu hoch und muß abgebaut werden, die Sozialsysteme müssen erneuert und weiterentwickelt werden, Armut muß bekämpft werden, die Kriminalität muß überwunden werden,

unser Bildungssystem muß leistungsfähiger werden.

Wir müssen wieder den Mut haben, über die Ausbildung von Eliten zu sprechen genauso wie über die Ausbildung der breiten Mehrheit der Bevölkerung, die wir in den unterschiedlichsten Qualitäten brauchen, wenn wir den Wettbewerb in der Welt bestehen wollen.

Wir brauchen die Einsicht, daß die meisten dieser Dinge eine Änderung des Denkens voraussetzen. Die größte Schwierigkeit, die wir haben, ist, diese Änderung im Denken zu bewerkstelligen. Es gibt kaum Besitzstände, die stabiler sind als Besitzstände an Vorurteilen.

Diese Arbeit müssen wir leisten. Wir haben in Ostdeutschland gelernt, daß das möglich ist. Eine Ermutigung, die wir aus dem bisherigen Aufbauprozeß in Ostdeutschland an ganz Deutschland weitergeben können, ist die Ermutigung aus der Einsicht, daß die Menschen viel mehr leisten können, als wir ihnen normalerweise politisch zumuten, wenn sie von der Richtigkeit des Zieles, für das sie etwas leisten, überzeugt sind.

Diese Überzeugungsarbeit zu leisten, ist eine der wichtigsten politischen Führungsaufgaben – den Menschen den Mut zu machen, daß sie dies können, ist eine weitere. Wir haben, wie ich meine, mit Erfolg in diesem Sinne Mut gemacht.

Die großartigen Leistungen beim Aufbau Ost haben eine historische Dimension. Sie beruhen auf drei Grundlagen:

erstens auf der Überwindung der SED-Herrschaft durch die Bevölkerung selbst.

zweitens auf einem Akt nationaler Solidarität, wie wir ihn uns auf dem zurückliegenden Bremer Parteitag im Jahre 1989 wahrscheinlich selbst nie zugetraut hätten, daß wir nämlich 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts jährlich für diese große nationale Aufgabe bereitstellen, und

drittens auf der großen Aufbauleistung der Menschen in Ostdeutschland.

Deren Leistung – dies kann man nicht oft genug wiederholen – ist enorm. Es ist keineswegs nur eine finanzielle oder ökonomische Leistung. Es ist vor allen Dingen eine Leistung der Menschen, an der Veränderung ihrer eigenen Welt aktiv mitzuwirken. Ich glaube, nur wenige unter uns von denen, die nicht in Ostdeutschland gelebt haben, können sich vorstellen, was es heißt, von einem Tag auf den anderen einen wesentlichen Bestand seiner bisherigen Lebenserfahrung zu verlieren, weil sie ungültig wird; was es heißt, diesen Verlust ausgleichen zu müssen, das Risiko einzugehen, daß man noch nicht weiß, wie etwas geht, es aber schon machen muß.

Ich erwähne als Beispiel Bürgermeister, Landräte, die noch nie etwas von Verwaltungsrecht gehört haben, die noch nie etwas von der ganzen komplexen Rechtsordnung im Westen gehört haben und die gleichwohl von einem Tag zum anderen im Mai 1990 Verantwortung übernommen haben, um ein damals schwer beschädigtes Land mit neuem Mut zu füllen, die Schäden zu beseitigen und das Land neu aufzubauen. Die Leistung, die bisher erbracht worden ist, ist ein großartiger Beweis dafür, daß das geht.

Wir sagen: Wir brauchen Initiative. Ich kann hier nur die Zahlen aus Sachsen nennen, aber diese sind repräsentativ für den ganzen Osten. Wir hatten in Sachsen früher 23 000 Handwerksbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von rund 70 000 Menschen. Wir haben heute 50 000 Handwerksbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl

von 500 000 Menschen. Das heißt: 50 000 Menschen in Sachsen geben 500 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Brot und Arbeit.

Das Handwerk ist der wichtigste Arbeitgeber in Sachsen geworden. Wir haben schon etwas über die Leistungsfähigkeit der Automobilindustrie gehört. Ich habe mich bei den Sachsenring-Werken erkundigt, wie viele Trabant dort von wievielen Leuten produziert wurden. In den Zeiten höchster Produktion wurden dort rund 140 000 bis 145 000 Fahrzeuge mit etwas über 50 000 Mitarbeitern erzeugt. Jetzt erzeugen zum Teil die gleichen Arbeitnehmer mit großer Freude etwa 175 000 Fahrzeuge von hoher Qualität mit der höchsten Stundenproduktivität im ganzen Volkswagenkonzern. Diese 3500 Menschen haben große Freude an der eigenen Arbeit. Zusätzlich sind etwa 10 000 Menschen in den Zulieferbetrieben tätig.

Die Wohnungsverhältnisse werden allgemein als befriedigend angesehen. Die Straßen sind besser geworden. Die Eisenbahnstrecken sind besser geworden. Die Fahrzeiten wurden verkürzt. Wir haben in Ostdeutschland das modernste Telekommunikationsinfrastruktursystem in ganz Europa.

Wir haben das Risiko der Zerstörung als Chance für die Modernisierung genutzt.

Wir haben kulturelle und geistige Leistungen in diesem Zusammenhang erbracht, die beispiellos sind.

Es kommen Menschen aus der ganzen Welt nach Ostdeutschland von überall dort, wo der Übergang vom Sozialismus in die freiheitliche Ordnung stattfindet, und fragen: Wie habt ihr das gemacht? Wie war das mit der Privatisierung? Wie war das mit dem Aufbau? Wie war das mit

der Umstellung des Denkens? Wie war das mit der politischen Erneuerung im Lande? Diese Leistungen müssen wir erkennen und benennen.

SPD und PDS betrügen die Menschen um diese Leistungen.

Die PDS kann gar nicht anders. Würde die PDS die Leistungen anerkennen, so würde sie ihre eigene Rationalität aufheben. Die PDS muß sagen: Ihr habt nichts zustande gebracht. Sie muß die Defizite benennen und die Fortschritte leugnen. Sie muß die Ursachen für die politische Zustimmung, die sie erfährt, ständig reproduzieren, damit sie diese Zustimmung nicht verliert. Die PDS ist der organisierte Widerstand gegen den Erfolg der deutschen Einheit.

Würde sie dies alleine betreiben müssen, würden wir früher oder später damit fertig. Je weiter wir mit dem Erfolg kommen, um so weniger glaubwürdig, um so hohler klingen die Kritik und die Negation.

Das wirkliche Problem liegt darin, daß die Sozialdemokraten sich entschlossen haben, die PDS zu legitimieren und sich damit im Grunde genommen die PDS-Negation des Aufbaus Ost und seiner großen Erfolge zu eigen machen.

Herr Höppner hat das jüngste Wahlergebnis letztlich deshalb erzielt, weil er zwei Dinge getan hat. Er hat die Ostdeutschen von den Westdeutschen getrennt und eine grundlegend andere Mentalität für die Ostdeutschen in Anspruch genommen. Das heißt, er hat alles das, was die Menschen an geistiger, an religiöser, an kultureller, an historischer Gemeinsamkeit haben, mit dem Argument zugeschüttet, daß die letzten 40 Jahre die gemeinsame Substanz weitgehend zerstört hätten. Das ist

schlimm genug. Er hat sich gleichzeitig aber auch die Argumente der Negation zu eigen gemacht. Er beraubt damit die Mehrheit der Ostdeutschen des Stolzes auf ihre bisherigen Erfolge bei der Aufbauarbeit. Er lähmt damit die Kräfte für den weiteren Aufbau. Er beschädigt auf diese Weise die Grundlagen der nationalen Solidarität.

Mich würde sehr interessieren, was die sozialdemokratischen Wähler in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen, wenn es um die Transferleistungen von West nach Ost geht, in Zukunft sagen würden, wenn man ihnen vorhielte, daß das Ziel von Herrn Müntefering erreicht sei und drei Länder in Ostdeutschland von der PDS mit kontrolliert würden.

Glauben wir wirklich, daß wir die nationale Solidarität aufrechterhalten können, wenn ein Teil dieser Solidarität von der staatssozialistischen PDS in Anspruch genommen wird, um Verhältnisse wiederherzustellen, die die Menschen in Leipzig und Dresden überwunden haben?

Ich sehe hier eine große Gefahr. Ich will das überhaupt nicht leugnen. Ich sage das nicht aus Gründen der Polemik, sondern aus Gründen der Sorge: Alle diejenigen, die gemeinsam daran arbeiten, den Solidarpakt und die darin enthaltene Solidarität bis zum Jahr 2004 und darüber hinaus weiterzuführen, weil wir wissen, daß diese gesamtdeutsche Aufgabe noch erheblichen Einsatz erfordert, müssen voller Sorge eine Entwicklung beobachten, die dazu führt, daß diejenigen, denen wir das Trümmerfeld vor neun Jahren verdanken, jetzt mit Hilfe der SPD in die Lage kommen, die Köpfe neu zu besetzen und damit die Solidarität zu zerstören.

Auch wenn das hart klingt: So müssen wir das auch unseren Menschen in Ostdeutschland sagen, gerade deshalb, weil wir sie vor den Verführern schützen müssen.

Diese Kombination beraubt die Sozialdemokraten aber auch ihrer Fähigkeit, an der Modernisierung unseres Landes mitzuwirken. Das heißt, der Modernisierungs- und Erneuerungsprozeß in Ostdeutschland wird gefährdet. In dem Zusammenhang frage ich mich, was wohl Willy Brandt denken würde, wenn er diese Tolerierungsdebatte heute miterleben würde. Er würde wahrscheinlich die Frage stellen – ich stelle sie hier gewissermaßen stellvertretend –, was tolerieren in diesem Zusammenhang eigentlich heißen soll. Läßt sich die SPD vom Staatssozialismus tolerieren, oder toleriert der Staatssozialismus noch die SPD?

Und wer ist der Stärkere? Der Tolerierer oder der Tolerierte? Das Teuflische an dieser Situation ist, daß die PDS gleichzeitig Opposition und Regierungspartei sein kann, aber in der Lage ist, zu jedem konkreten Fall zu entscheiden, ob sie auch Regierungspartei sein will. Dies bedeutet, sie ist die Stärkere in diesem Bündnis; während die SPD von ihr abhängig ist, ist die PDS nicht von der SPD abhängig.

Nur wenn man sich dies vor Augen führt, wird deutlich, was hier an grundsätzlicher Auseinandersetzung notwendig ist, die sich in allen Teilfragen wiederfindet. Sie findet sich wieder im Arbeitsmarkt: Wollen wir wieder zurückkehren zu einer Beschäftigungspolitik, wo 90 Prozent der Menschen irgendeiner Beschäftigung nachgehen, ob produktiv oder nicht produktiv, und das Ganze mit einem ungewöhnlich niedrigen Lebensstandard erkaufte wird? Oder wollen wir eine neue Ordnung der Arbeit anstreben, in der

Selbstverantwortung und Freiheit im Vordergrund stehen und in der wir uns darum bemühen, die Gesellschaft nicht auf den Arbeitsplatz zu reduzieren, sondern ihre kulturellen, geistigen und sonstigen Möglichkeiten zu mobilisieren, um sicherzustellen, daß Arbeit zwar eine wichtige, aber nicht die alleinige Form gesellschaftlichen Miteinanders ist, wie es zu erheblichen Teilen im Sozialismus war?

Wie wollen wir den Sozialstaat reformieren? Wir wollen ihn reformieren und weiterentwickeln, um ihn anzugleichen an die Veränderungen, die wir zum großen Teil selbst ausgelöst haben. Ich will es nur mit einem Beispiel vor Augen führen. Diejenigen, die um das Jahr 1960 geboren sind, die zwischen 1955 und 1965 geboren wurden, sind in eine Gesellschaft hineingeboren worden, in der reichlich ein Drittel jünger als 20 war und ein Sechstel älter als 60. Sie leben heute in einer Gesellschaft, in der Junge bis zu 20 und Alte über 60 sich genau die Waage halten, jeweils 20 Prozent. Wenn sie selbst alt sind, leben sie in einer Gesellschaft, in der ein Sechstel jünger als 20 und ein Drittel älter als 60 ist – und dies bei einer beachtlichen Zuwanderung jüngerer Menschen aus anderen Ländern.

Es hat noch nie eine solche Entwicklung in der Menschheitsgeschichte gegeben, daß sich in einer Generation das Verhältnis zwischen Jung und Alt praktisch umkehrt. Die Entwicklungen, die daraus resultieren und die wir selbst initiiert haben, genauso wie die wirtschaftlich-technologische Entwicklung, zwingt uns zu einer Weiterentwicklung der Institutionen und Strukturen, derer wir uns bedienen, um unsere Probleme zu lösen.

Jedes Mal wird es um die Frage gehen: Mehr Vormundschaft oder mehr Freiheit? Das wird die Frage der kommenden Jahre sein,

und wir müssen am 27. September die Menschen dazu bewegen, eine eindeutige Antwort gegen den vormundschaftlichen Staat und für die verantwortete Freiheit zu geben.

Von dem Bremer Parteitag soll und wird eine Vision ausgehen. Viel ist dazu schon gesagt worden. Unsere Vision ist die einer Gesellschaft freier Bürger, denen der Staat dient, ohne die Absicht zu haben, je ihr Vormund werden zu wollen, ein Staat unter dem Recht, zum Schutz der Bürger, aber auch zur Sicherung ihrer Verantwortlichkeiten, Bürger, die die Freiheit zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gemeinschaft nutzen, kein Staat, keine Gesellschaft, in der wir der Freiheit mißtrauen, Freiheit mit Kapitalismus und Freiheit mit kalt, egoistisch und gleichgültig gleichsetzen, um auf diese Weise Stimmung gegen Freiheit und Verantwortung zu machen.

Eine Gesellschaft, in der der verantwortungsfähige Bürger mitgestaltet, ist eine große kulturelle Leistung. Diese große kulturelle Leistung zu erbringen, erfordert Anstrengungen, nicht nur wirtschaftliche, sondern gerade auch politische.

Wir, die Christlich Demokratische Union, haben uns zusammengetan, um diese Anstrengung zu erbringen. Das ist ein wesentlicher Sinn unserer Mitgliedschaft. Wir sagen, wir wollen gemeinsam diese Anstrengung erbringen, immer wieder für die Freiheit und die Verantwortung eintreten. Diesen Kampf führen wir in ganz Deutschland, wir führen ihn mit den Ländern, die in wenigen Jahren zur Europäischen Union kom-

men, insbesondere unseren Nachbarn in Polen und in der Tschechischen Republik, aber auch in Ungarn.

Das führt mich zurück zum Aufbau Ost. Noch sind die ostdeutschen Länder, was die Europäische Union betrifft, Grenzländer. Wenn aber Polen und die Tschechische Republik in wenigen Jahren zur Europäischen Union gehören, dann ist Mitteldeutschland zugleich auch Mitteleuropa, und dieses Mitteldeutschland kann Brücken schlagen und schlägt sie schon, in Euro-Regionen, nach Tschechien und Polen, mit einer immer stärkeren Verflechtung, mit großer Bereitschaft unserer Nachbarn mitzutun.

Görlitz wird eine europäische Stadt; in Frankfurt an der Oder findet Europäisches in Universitäten statt, in anderen Bereichen in Gymnasien. Wir bauen Brücken von Ostdeutschland in unsere Nachbarländer. Wir sichern damit ein Stück europäische Kultur und ein Stück europäische Freiheit. Das ist eine Aufgabenteilung, in der wir diese Aufgabe übernommen haben, nachdem die westdeutschen Länder diese Leistung schon seit Jahrzehnten erbringen, Leistungen, auf denen die Einheit Europas aufbaut.

Für diese Leistung brauchen wir die Kraft der Freiheit. Deswegen brauchen wir am 27. September eine Entscheidung für die Freiheit. Es ist der alte und immer neue Kampf für die Freiheit und gegen die Vormundschaft. Lassen Sie uns gemeinsam für die Freiheit streiten!

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Das Tor nach Deutschland bleibt für die Rußlanddeutschen offen

Ich bin heute sehr gern zu Ihnen gekommen und möchte damit ein klares Zeichen setzen: Die Bundesregierung steht ohne Wenn und Aber an der Seite der Rußlanddeutschen. Unser Freund Horst Waffenschmidt ist der lebende Beweis dafür, daß diese Politik für uns eine Herzenssache ist! Wir haben allen Grund, ihm für seine unermüdliche Arbeit herzlich zu danken!

Die Standfestigkeit unserer Politik hat sich ausgezahlt: Der Kommunismus ist zusammengebrochen, der Ost-West-Konflikt gehört der Vergangenheit an. Für die Rußlanddeutschen sind die Grenzen offen. Ein lang gehegter Traum ist in Erfüllung gegangen. Wir Deutschen haben die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit erreicht. Seither konnten auch Hunderttausende unserer Landsleute aus Rußland nach Deutschland kommen. Wir danken all jenen, die den Weg dazu eröffnet haben, namentlich Boris Jelzin sowie anderen Staats- und Regierungschefs der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Darüber hinaus bilden Sie, liebe Landsleute, eine Brücke in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion – eine Brücke, die wir heute für einen gedeihlichen wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Austausch nutzen können. Solche zwischenmenschlichen Beziehungen sind eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit der Völker im Europa der Zukunft. Die deutsch-russischen Beziehungen sind heute besser als jemals zuvor in der Geschichte. Das gegenseitige Vertrauen, das wir im Laufe der vergangenen Jahre aufbauen konnten, ist

die beste Grundlage für ein gutes Miteinander auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Die Selbstverständlichkeit und Offenheit, mit der wir inzwischen miteinander über die deutsche Minderheit in Rußland sprechen, zeigt, daß wir auf einem guten Wege sind. Ich habe mich in mehreren Gesprächen mit Boris Jelzin für die berechtigten Anliegen der Rußlanddeutschen eingesetzt. Inzwischen können wir von positiven Ergebnissen berichten. Sie müssen aktiv genutzt und ausgebaut werden.

Aus der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem 26. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland in Stuttgart am 6. Juni

Das Europa, das wir jetzt gemeinsam bauen, ist die beste Voraussetzung für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Dazu gehört natürlich auch, daß sich nationale Minderheiten und Volksgruppen frei und ohne Diskriminierungen entfalten können.

Noch heute leiden viele Rußlanddeutsche und ihre Kinder an den Folgen von Verbannung, Zwangsarbeit und Not, die ihnen die kommunistische Diktatur auferlegt hat. Die Rußlanddeutschen haben in Rußland unschuldig für den Krieg büßen müssen, den ein verbrecherisches Regime in Deutschland entfesselt hatte.

Heute haben Sie deshalb einen besonderen Anspruch auf unsere Treue und Solida-

rität. Und das bedeutet für mich vor allem: Das Tor nach Deutschland muß für die Rußlanddeutschen offenbleiben.

Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung von vornherein alle Initiativen abgelehnt, die das bestehende Aussiedlerrecht in Frage stellen.

Gegen den SPD-Antrag

Insbesondere wäre es ein folgenschwerer Fehler, das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz von 1993 zu ändern, wie es kürzlich von der SPD-geführten Mehrheit im Bundesrat beantragt worden ist. Wer den Rußlanddeutschen das gemeinschaftliche Kriegsfolgenschicksal absprechen will, der fällt ihnen in den Rücken: Denn ein solcher Schritt würde die Tür nach Deutschland für sie praktisch verschließen. Und noch aus einem weiteren Grund ist dieser Antrag falsch: Die russische Regierung bemüht sich immer noch darum, eine abschließende Rehabilitierung der Rußlanddeutschen herbeizuführen. Da sollten wir jetzt nicht in Deutschland beschließen, daß die Rußlanddeutschen gar kein gemeinschaftliches Kriegsfolgenschicksal mehr haben. Die von mir geführte Bundesregierung wird für solche oder ähnliche Initiativen niemals ihre Hand reichen.

Die Bundesregierung will die deutschen Siedlungsschwerpunkte in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion weiterhin besonders fördern. Dabei kommt unseren Landsleuten in der Russischen Föderation besondere Bedeutung zu. Wir haben uns nachdrücklich dafür eingesetzt, daß die Staatlichkeit für die deutsche Volksgruppe in Rußland wiederhergestellt wird. Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht, aber andere Initiativen waren schon erfolgreich.

Für alle Rußlanddeutschen ist die deutsche Sprache von herausragender Bedeutung. Ohne ihre Kenntnis könnten sie ihre kultu-

relle Intensität als deutsche Volksgruppe auf Dauer nicht bewahren. Seit 1996 fördert die Bundesregierung in verstärktem Umfang außerschulische Deutschkurse in Rußland und Kasachstan. Durch diese Sprachoffensive konnten bereits Ende 1997 in fast 650 Orten Rußlands und Kasachstans über 6.000 außerschulische Deutschkurse mit gut 100.000 Teilnehmern durchgeführt werden. Unser Ziel ist es, die Zahl der Orte, in denen solche Kurse angeboten werden, im laufenden Jahr auf 1.000 zu erhöhen. Allen, die zur Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur einen Beitrag leisten, möchte ich ein herzliches Wort des Dankes sagen!

Für die Integration der Rußlanddeutschen, die zu uns nach Deutschland kommen, ist die Beherrschung der deutschen Sprache unerlässlich. Dabei kommt es nicht nur darauf an, Deutschkenntnisse zu besitzen oder zu erlernen. Meine Bitte an Sie alle ist, daß Sie Deutsch auch tatsächlich miteinander sprechen. Manche Schwierigkeiten bei der Integration sind dadurch entstanden, daß viele Rußlanddeutsche auch hier in der Bundesrepublik weiter überwiegend russisch sprechen. Sie werden dann oft nicht als Landsleute anerkannt. Verständlicherweise empfinden Rußlanddeutsche dies als kränkend. Sie wollen als Deutsche angesprochen und angenommen werden. Dafür können sie selbst viel tun!

Integrationshilfen

Die Bundesregierung stellt weiterhin erhebliche Integrationshilfen für jene Rußlanddeutschen bereit, die zu uns in die Bundesrepublik kommen. 1998 sind es rund 1,5 Milliarden D-Mark allein für Deutschkurse und für Eingliederungshilfen. Für diese Hilfen stehe ich auch ganz persönlich ein. Dies gehört für mich zur Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der deutschen Aussiedlerpolitik!

Ich wehre mich mit aller Entschiedenheit gegen das Vorurteil, die Aussiedler bekämen zu viele Sonderhilfen des deutschen Staates. Aussiedler haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Deutschen. Aber Sie brauchen in dreifacher Hinsicht besondere Unterstützung:

- Hilfen bei den Deutschkursen,
- Eingliederungshilfen des Bundes anstelle von Sozialhilfezahlungen der Gemeinden für sechs Monate, im wesentlichen während der Sprachkurse,
- Entschädigung für erlittene Nachteile in Arbeitslagern oder in der Haft.

Diese Hilfen sind notwendig und richtig. Sie, liebe Landsleute, können sich darauf verlassen, daß ich daran festhalten werde!

Sie sollen sich bei uns bald heimisch fühlen

Unsere besondere Aufmerksamkeit müssen wir den jungen Rußlanddeutschen zuwenden. Für sie ist die Aussiedlung aus ihrer bisherigen Heimat oft ein tiefgreifender sozialer und emotionaler Einschnitt. Wir alle müssen dafür Sorge tragen, daß sie sich bei uns bald heimisch fühlen, daß sie von ihren neuen Mitbürgern angenommen werden und in unserer Gesellschaft Wurzeln schlagen können. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung zahlreiche gezielte Finanzhilfen und konkrete Initiativen eingerichtet. Eine davon möchte ich besonders hervorheben: Die Aktion „Sport mit Aussiedlern“. Unter diesem Motto wurden zwischen der Bundesregierung und dem deutschen Sportbund wegweisende Vereinbarungen getroffen. Die Landessportbünde und zahlreiche Sportvereine erfüllen diese Absprachen vor Ort mit Leben.

Mein Dank gilt auch Ihnen, den Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland. Sie sind bereit, im Rahmen ihrer

meist ehrenamtlichen Tätigkeit für die Anliegen der Rußlanddeutschen einen Großteil ihrer Arbeitskraft und Freizeit einzusetzen. Das ist vorbildlich auch für andere Bereiche unserer Gesellschaft.

Ich bitte Sie herzlich: Lassen Sie in Ihrem Engagement nicht nach! Helfen Sie den Rußlanddeutschen, die zu uns kommen, auch weiterhin, in Deutschland ein wirkliches Zuhause zu finden!

Die Chancen nutzen

Gerade Sie als Rußlanddeutsche wissen um die großartigen Chancen, die sich uns Deutschen in der veränderten Welt, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, bieten. Ich bitte Sie herzlich mitzumachen, wenn es darum geht, diese Chancen zu nutzen.

Wir haben allen Grund zur Dankbarkeit und Zuversicht. Gemeinsam haben wir mehr erreicht, als wir noch vor zehn Jahren zu hoffen wagten. Ich bin sicher, daß dies nur mit Gottes Hilfe möglich war. Mit Dankbarkeit und Zuversicht, im Vertrauen auf Gottes Hilfe wird es uns auch gelingen, gemeinsam eine gute Zukunft zu gestalten. Uns allen wünsche ich dabei Glück und Gottes Segen!

Personalie

Der Kreisverband der Stuttgarter CDU hat in seiner letzten Vorstandssitzung dem Aufnahmeantrag des früheren Grünen-Stadtrats **Bernhard Kübler** einstimmig zugestimmt und ihm damit eine neue politische Heimat in der CDU gegeben. Kreisvorsitzender Christoph-E. Palmer: Ergebnis eines fruchtbaren Gesprächs im Kreisvorstand war, daß Bernhard Kübler künftig mithelfen wird, das Profil der CDU in den wichtigen Bereichen „Wirtschaft und Umwelt“ zu schärfen.

Wolfgang Schäuble:

Wir stehen fest zu Vertriebenen und Aussiedlern

„Verlust kann auch Gewinn bedeuten, einen neuen Ansporn, Verantwortung wecken, in einem neuen Leben, zwar das alte Erbe zu pflegen, aber dem Unrecht einen Nutzen abzutrotzen, kann dazu führen, daß man in der Verpflichtung lebt, jedem neuen Unrecht Widerstand zu leisten.“

Diese Sätze von Fritz Stern, der selbst 1938 von den Nationalsozialisten zur Emigration aus seiner Heimatstadt Breslau gezwungen wurde, könnten auch über dem Wirken unserer Heimatvertriebenen seit 1945 stehen. Die Heimatvertriebenen haben auf vorbildliche Weise dazu beigetragen, daß Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in Deutschland nach dem Krieg gelangen. Nicht Gefühle des Revanchismus und des Zorns, sondern der Wille zur Versöhnung und das Bekenntnis zur Demokratie, zu den unveräußerlichen Rechtsprinzipien und zur europäischen Einigung bestimmten nach 1945 ihr politisches Handeln. Durch ihren Einsatz haben die Heimatvertriebenen wesentlich zur Verwirklichung der Vision eines Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, beigetragen.

Erfahrungen von unschätzbarem Wert

Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit waren auch die Grundsätze, für die die Menschen 1989/1990 auf die Straße gegangen sind. Nun bietet sich mit der Erweiterung der Europäischen Union die Chance, daß diese Grundsätze in ganz Europa dauerhaft

verankert werden. So eröffnen sich auch den Heimatvertriebenen und Aussiedlern neue Perspektiven. Mit ihren Erfahrungen, ihren Kenntnissen und ihren Verbindungen sind sie beim Zusammenwachsen dieses größeren Europas von unschätzbarem Wert.

Vieles ist in Bewegung gekommen

Wir haben viel erreicht, vielleicht nicht so viel, wie einige sich erhofft hatten, aber doch weitaus mehr, als die meisten noch

**Wolfgang Schäuble,
Vorsitzender der CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion in der
Debatte des Deutschen
Bundestages vom 29. Mai
über Vertriebene, Aussiedler
und deutsche Minderheiten
als Brücke zu unseren
östlichen Nachbarn**

vor wenigen Jahren für möglich gehalten hätten. Vielleicht können wir am ehesten ermesen, was in Bewegung gekommen ist, wenn wir einmal im Kleinen das Symbolhafte betrachten. Ich erinnere an den denkwürdigen Augenblick, als wir hier im Deutschen Bundestag im März über die Zustimmung zur Unterzeichnung der Protokolle über den Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur Nordatlantischen Al-

lianzen debattiert hatten und als auf der Tribüne neben einer Abordnung des polnischen Sejm eine Delegation der deutschen Minderheit saß und applaudierte.

Wir können das Ausmaß dessen, was in Bewegung gekommen ist, auch daran ermessen, wie heute in Ostmitteleuropa über Vertreibung debattiert wird. Es war der damalige polnische Außenminister Bartoszewski, der hier im Deutschen Bundestag am 28. April 1995 von der Tragödie der Zwangsumsiedlung sprach und das individuelle Schicksal und die Leiden der unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben, ins Gedächtnis rief.

Tor in eine bessere Zukunft aufgeschlossen

Auch in den deutsch-tschechischen Beziehungen ist mehr auf den Weg gebracht worden, als viele für möglich gehalten haben. Es ist wahr: Der Weg zur Gemeinsamen Erklärung war nicht einfach. Manche Diskussionen in dem Umfeld haben gezeigt, daß beim Bild vom jeweils anderen bisweilen altes Denken durchbricht – wer wollte das nicht verstehen? – und daß wir noch einen langen Weg zurückzulegen haben. Aber alles in allem ist das Tor in eine bessere Zukunft aufgeschlagen worden.

Wir haben es uns nicht leichtgemacht mit der Erklärung; aber sie gilt, und sie gilt in allen ihren Teilen. Der Zukunftsfonds hat seine Arbeit aufgenommen, und das Gesprächsforum trifft sich am 4. und 5. Juli in Pilsen zur konstituierenden Sitzung. Es ist richtig, daß die Sudetendeutschen in die Arbeit mit einbezogen sind. Ich danke dem Bundeskanzler ganz persönlich, daß er mit großer Zähigkeit und Beharrlichkeit daran festgehalten und dies durchgesetzt hat. Wer sonst, wenn nicht die Betroffenen, ist denn geeignet, echte Versöhnung auf den Weg zu bringen und eine wirkliche Verständigung zu erreichen?

Lage der deutschen Minderheit entscheidend verbessert

Wer hätte es zum Beispiel noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten, daß ein tschechischer Senatspräsident im Verlag eines führenden Vertreters der Sudetendeutschen über die europäischen Wurzeln seiner böhmischen Heimat schreibt? Oder wer hätte es vor ein paar Jahren für möglich gehalten, daß Herbert Hupka, der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, mit Vertretern der ostdeutschen Landsmannschaften der Oberschlesier, Pommern, Westpreußen sowie Danziger zu offiziellen Gesprächen in Warschau, wie erstmalig im vergangenen März, empfangen wird? Bei allen unseren östlichen Nachbarstaaten hat sich die Lage der deutschen Minderheit entscheidend verbessert. Die baltischen Staaten, Ungarn und auch Rumänien sind dabei mit gutem Beispiel vorangegangen.

Die Grundsätze unserer Vertriebenenpolitik, die Pflege des kulturellen Erbes der deutschen Vertriebenen und Aussiedler sind durch die Entwicklungen der letzten Jahre bestätigt worden. Deshalb begrüße ich es, daß die Bundesregierung auch für den Haushalt 1998 die Mittel für die Pflege der deutschen Kultur im Osten beibehalten hat. Nichts dokumentiert die Bereitschaft zur Unterstützung der Heimatvertriebenen besser als die Tatsache, daß diese Mittel im Vergleich zum Jahre 1990 mit 20 Millionen DM mehr veranschlagt sind.

Trauriges Beispiel: Schröders Niedersachsen

Solidarität darf auch keine Angelegenheit für sonntägliche Lippenbekenntnisse bleiben. Wir wissen, daß ohne Solidarität die Bindekräfte in unserer Gesellschaft nachlassen. Ich wünschte mir, daß Solidarität mit den Vertriebenen von allen Bundesländern, auch von den sozialdemokratisch regierten Bundesländern, gelebt wird. Wie meistens bildet Niedersachsen unter der

Führung seines Ministerpräsidenten ein trauriges Beispiel. Das Land Niedersachsen hat zwischen 1994 und 1996 seinen Anteil an der Pflege der deutschen Kultur im Osten um ein Viertel auf 432.000 DM gesenkt. Herr Schröder sollte auch ein Wort der Erklärung finden, warum die Schlesier heute immer noch in Bayern um Gastrecht bitten müssen, weil sich das Patenland Niedersachsen verweigert, und vielleicht sollte Niedersachsen auch erklären, warum es der Landsmannschaft Ostpreußen auf Grund der Ausschreitungen rot-grüner Gewaltdeмонstranten schier unmöglich ist, ihre Versammlungen in Göttingen abzuhalten.

Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen

Aber die Integration der Spätaussiedler bleibt gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Unser Dank gilt besonders allen aus den Landsmannschaften, aus dem Bund der Vertriebenen, aus kirchlichen und karitativen Verbänden sowie allen einzelnen Personen, die sich seit Jahren im Alltag immer und immer wieder und beständig um die Eingliederung unserer Landsleute bemühen.

Es ist auch richtig, daß die Bundesregierung mit ihren Sprachprogrammen in den Herkunftsgebieten der Spätaussiedler ansetzt, was übrigens eine beispiellose Kulturinitiative ist. Das ermöglicht wieder ein kulturelles Eigenleben der deutschen Minderheit und erleichtert zum anderen denen, die zu uns kommen, ihre Eingliederung bei uns. Zusammen mit der Sprachförderung und den Möglichkeiten des Garantiefonds trägt der Bund damit erheblich zur sozialen Integration gerade der jungen Spätaussiedler bei.

SPD will Abschied vom Aussiedlerstatus

Die Integration der Aussiedler ist letztlich eine Frage gelebter Solidarität und ein Test-

fall, was die Bekenntnisse zur Nation wirklich wert sind. Deshalb sehe ich auch mit großer Sorge, daß aus Reihen der SPD immer wieder eine Regelung mit Zuzugsquoten für Aussiedler in einem Einwanderungsgesetz gefordert wird und daß der Bundesrat mit seiner Mehrheit der SPD-regierten Länder Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes beantragt hat, die de facto zum Abschied vom Aussiedlerstatus führen würden.

Der Wähler hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, was gilt, was von der SPD in der Vertriebenenpolitik zu erwarten ist.

Das Verständnis der schon lange hier lebenden Bevölkerung für die Schwierigkeiten der Integration wachzuhalten, war gegenüber mancher, auch demagogisch verkürzter Versuchung, die Bevölkerung in ihren verschiedenen Teilen auseinanderzutreiben, auch nicht leicht. Wir haben das Tor offen gehalten. Wir werden es auch in Zukunft offen halten. Aber wir werden den Zuzug verstopfen. Daß die Zahlen der Zuwanderung deutlich zurückgegangen sind, ohne Zwangsmaßnahmen und ohne das Tor zu schließen, ist der beste Beweis dafür, daß diese Politik erfolgreich war und daß sie konsequent fortgesetzt werden muß.

Noch einmal

Die Aussiedler, diejenigen, die länger als alle anderen unter den Folgen des zweiten Weltkriegs gelitten haben, haben ein Recht, einen Anspruch auf unsere Solidarität. Solidarität und Verantwortung, diese Grundsätze haben unsere Politik bestimmt, mit der wir im übrigen auch dazu beitragen, daß die Erweiterung der Europäischen Union kommt. Solidarität und Verantwortung bestimmen unsere Europapolitik, mit der wir uns für einen zügigen Abschluß der Verhandlungen mit den EU-Beitrittskandidaten einsetzen. Die Notwendigkeit von Solidarität und Verantwortung gilt aber genauso für die Heimatver-

Unfallursache aufklären, aber Bahntechnik nicht grundsätzlich in Frage stellen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zum Unfall des ICE 884 in Eschede:

Der schreckliche Unfall des ICE 884 mit seinen unfassbaren Ausmaßen haben meine Kollegen der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mich tief erschüttert. Ich möchte auch im Namen meiner Kollegen den Angehörigen der Getöteten unsere tief empfundene Anteilnahme aussprechen und den Verwundeten baldige vollständige Genesung wünschen.

Das furchtbare Ereignis hat in erschreckender Deutlichkeit die Grenzen menschlichen Vermögens aufgezeigt. Dies darf allerdings nicht dazu führen,

als Gegenreaktion die seit Jahren über viele Millionen Fahrten bewährte Bahntechnik nun grundsätzlich in Frage zu stellen. Ohne Zweifel müssen die Ursachen für diesen Unfall eindeutig aufgeklärt werden. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, dies nachdrücklich zu unterstützen, und, sofern sich Folgerungen ergeben, die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit sich ein derartiges Ereignis nicht wiederholt.

Zunächst aber müssen die Rettungsmaßnahmen im Vordergrund stehen. Ich möchte allen Rettungskräften und Helfern vor Ort für ihre unermüdliche, aufopferungsvolle Arbeit aufrichtig danken.

triebene und Aussiedler, die wesentlich dazu beitragen können, daß die Erweiterung der Europäischen Union gelingt, und für die zugleich sichergestellt werden muß, daß die Erweiterung der Europäischen Union ihre Erwartungen und Perspektiven auch erfüllt. Das ist genau das, was wir unter einem Europa, in dem Grenzen nicht mehr trennen, verstehen und was wir davon erwarten. Dazu können die Heimatvertriebenen und die Aussiedler einen entscheidenden Beitrag leisten.

Bauprinzip der Vielfalt

Zur Logik unseres Europas – und noch mehr eines größeren Europas – zählt der Grundsatz, daß kulturelle Vielfalt, daß sprachliche, landsmannschaftliche und lokale Eigenheiten – kurz: das Farbige – auch in der Europäischen Union erhalten bleiben müssen und daß Europa dort, wo die gemeinsamen Aufgaben dies erfordern, seine Kräfte bün-

delt und mit **einer** Stimme spricht. Das Bewußtsein für dieses europäische Bauprinzip der Vielfalt in der Einheit und damit auch für die Bedeutung der Minderheiten ist in den letzten Jahren gewachsen.

Mit der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates sind wir gute Schritte vorangekommen.

Wir verdanken diese Entwicklung nicht zuletzt dem stetigen Beitrag der Heimatvertriebenen und Aussiedler, die im zusammenwachsenden Europa ein ganz neues Verhältnis zu ihrer angestammten Heimat gewinnen. So bestätigt sich auch hier der tiefe Sinn der Erkenntnis, die über der Geschichte der europäischen Einigung steht: Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit. ■

Beteiligt an den Zukunftsentwürfen für das 21. Jahrhundert

Die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süßmuth, erklärte anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Frauen-Union:

50 Jahre Frauen-Union in Deutschland – das ist ein sehr konkreter Anlaß, sich mit den Leistungen auseinanderzusetzen, die die Frauen in der CDU in den zurückliegenden Jahrzehnten für Frauen und Familien in Deutschland erzielt haben. Unsere Bundesrepublik Deutschland verdankt den Frauen weit mehr, als jemals in den Geschichtsbüchern verzeichnet sein wird. 50 Jahre stehen für unseren Kampf um Gleichberechtigung, Teilhabe an allen Lebensbereichen, Wahlfreiheit zwischen Familien- und Erwerbstätigkeit, um soziale Gerechtigkeit und eigenständige Alterssicherung von Frauen.

Anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Frauen-Union hat das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, in einer Wanderausstellung und einem Katalog einen Überblick über die politische Arbeit der Frauen-Union von den Anfängen bis heute zu geben. Die Ausstellung zeichnet Entstehung und Veränderung gesetzlicher Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im politischen, rechtlichen und sozialen Bereich nach. Dokumentiert werden die Entstehung des Art. 3 GG, die Gleichberechtigungsgesetze von 1958 und 1994 und die Änderungen im Ehe- und Familienrecht. Eine weitere Tafel ist der sozialen Sicherung der Frau und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewidmet.

Wir haben auch in einer Jubiläumsnummer unserer Zeitschrift „Frau & Politik“ eine spannende Zeitreise durch 50 Jahre Frauen-Union in Originalbeiträgen aufgeblickt. Oft lassen wir Titelbilder oder Schlagzeilen sprechen. Aus den Beiträgen gewinnen wir die Erkenntnis, daß das, was der heutigen Frauengeneration selbstverständlich erscheint, Schritt um Schritt mühsam errungen wurde. Frauen wollen mitgestalten, gerade in den Krisenzeiten, wie die Nachkriegsjahre oder die Zeit der Wende beweisen. Frauen sind den Men-

**„Die neue Partnerschaft für
Mann und Frau“:
partnerschaftliches Miteinander
gegen Konfliktdenken**

schen mit ihren Nöten und Problemen nahe. Frauen waren es auch, die sie aufgriffen und zum Thema in der Partei gemacht haben. Es sind die Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

Über einen langen Zeitraum vorherrschend war traditionell das Leitbild der Frau in der Familie. Aber die Welt wandelte sich. Große Kongresse der CDU setzten sich in den 60er Jahren mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auseinander.

Es ist das bleibende Verdienst von Helga Wex, der langjährigen Vorsitzenden der Frauen-Union, in den 70er und 80er Jahren einen neuen programmatischen Weg

Ein unverzichtbarer Beitrag zur Politik der Union

Herzliche Glückwünsche zum 50jährigen Bestehen der Frauen-Union hat in einem Grußwort an die Bundesvorsitzende, Rita Süßmuth, und alle Mitglieder der Frauen-Union der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, übersandt.

Er erinnerte an die Frauen der ersten Stunde und deren großartige Arbeit, mit der sie „die Chancen der Frauen nicht nur innerhalb der Union, sondern auch in Politik und Gesellschaft insgesamt verbessert“ haben. Helmut Kohl würdigte die Initiativen der Frauen-Union, die dazu beigetragen haben, „daß die besonderen Anliegen der Frauen in der politischen Programmatik unserer Partei einen herausgehobenen Platz einnehmen“, und schrieb weiter in seinem Grußwort:

„Politik für Frauen muß eine Politik der Partnerschaft sein. Sie muß darüber hinaus eine Politik für bessere Lebensbedingungen sein, eine Politik für den Schutz der Familie und die Erhaltung des Lebens, für die Bewahrung der Schöpfung und für eine menschengerechtere Lebenswelt. Insbesondere die familienfreundliche Gestaltung des Arbeitslebens bleibt eine große Herausforderung. Vor allem müssen wir auch mehr Frauen für die

Politik gewinnen. Wir müssen sie bestärken und dazu ermutigen, sich stärker politisch zu engagieren.

Ich wünsche der Frauen-Union bei ihrer wichtigen Arbeit weiterhin viel Erfolg. Die politische Gleichstellung von Mann und Frau ist kein Spezialthema der Frauen-Union. Es ist ein Thema, das die Partei als Ganze angeht. Und ebenso hat sich die Frauen-Union stets als Teil der gesamten Union verstanden.

Ihnen allen und dem gesamten Vorstand der Frauen-Union danke ich ganz herzlich für ihre Arbeit auf Bundesebene und vor Ort. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Politik der Union. Ein solcher Beitrag ist gerade jetzt im Bundestagswahlkampf wiederum gefordert. Ich bin zuversichtlich, daß wir gemeinsam Erfolg haben werden.

Ihnen, liebe Frau Süßmuth, ein besonders herzliches Wort des Dankes für Ihr großes Engagement, mit dem Sie die Sache der Frauen voranbringen. Für Ihre Arbeit haben Sie sich Respekt und Anerkennung nicht nur in der Partei, sondern darüber hinaus auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land erworben.“

beschritten zu haben: Sie setzte der traditionellen Emanzipationsbewegung das Programm der neuen Partnerschaft von Mann und Frau für alle Lebensbereiche entgegen.

Auf dem Essener Parteitag der CDU 1985 gelang den Frauen in der Union mit dem damaligen Generalsekretär Heiner Geißler der entscheidende Durchbruch innerhalb

der Gesamtpartei. Es gelang, das Programm „Die neue Partnerschaft für Mann und Frau“ in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Es setzt partnerschaftliches Miteinander gegen Konfliktdenken, freie Wahl von Mann und Frau zwischen familiärem Wirken und außerhäuslicher Erwerbstätigkeit gegen verordnete Berufstätigkeit.

50 Jahre Frauen-Union der CDU



Als erste Volkspartei in Deutschland bot die CDU mit dem Konzept der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau ein schlüssiges und ausbaufähiges Fundament für eine Familienpolitik der sozialen Gerechtigkeit. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung 1982 fand dies Schritt für Schritt Eingang in die Gesetze. Freiheit in Verantwortung – das ist nach wie vor geeignet, unserer Gesellschaft jene Impulse zu geben, die sie zur Bewältigung der anstehenden Probleme benötigt.

Mit der Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands galt es, die anstehenden Probleme der Gleichberechtigung weiterzuentwickeln. Die Wiedervereinigung, die Einheit Deutschlands in einem vereinten Europa hat die Arbeit der Frauen-Union zugleich bereichert und vor neue Herausforderungen gestellt. Das betrifft Lebensgestaltung, verlorengangene und neue berufliche und politische Perspektiven. Die politische Arbeit der EFU in Europa wurde in den 70er Jahren zunehmend stärker internationalisiert. Daran hatten die Weltfrauenkonferenzen entscheidenden Anteil. Frauen sind Teil der Frauenrechte. Weltweit ist der Kampf gegen die Diskri-

minierung der Frauen politisch, strukturell, wirtschaftlich und sozial zu führen.

Der Initiative der Frauen-Union mit ihrer gemeinsamen parteiübergreifenden Aktion „Mehr Frauen in die Parlamente“ 1993 ist es zu danken, daß der seit 1949 in der Verfassung verankerte Grundsatz der Gleichberechtigung um jenen Zusatz erweitert werden konnte, der den Staat zur aktiven Durchsetzung verpflichtet und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt.

Frauen haben ihre Verantwortung für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft erkannt. Sie wollen gefragt und beteiligt sein an den Zukunftsentwürfen für das 21. Jahrhundert.

1995 sind wir unter dem Motto aufgebrochen „Der Zukunft wegen: anders leben“, um uns für die Probleme des 21. Jahrhunderts zu rüsten. Immer wieder und verstärkt seit 1986 haben wir die Zukunft der menschlichen Arbeit ins Zentrum unserer Bemühungen gerückt. Lebenssicherung und Beteiligung sind zugleich sozial und human. Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit für jeden jungen Menschen, Mut zur Existenzgründung auch nach einem Hochschulstudium. Doch über allen Problemen sind wir uns stets bewußt, daß die Familie die Wurzel ist, aus der sich Kraft und Fähigkeiten eines Menschen entwickeln.

Die Fürsorge, die er dort erfährt, ist die Grundlage für sein Engagement in unserer Gesellschaft. Sie ist der Nährboden für das Beste, das sich in uns Menschen entwickeln kann. Familienarbeit ist noch immer höchst unzureichend anerkannt.

„Wir sind am Zug!“ sagen wir heute, denn wir Frauen stellen fest, daß unsere Vision von einer partnerschaftlichen Welt noch nicht eingelöst wurde. Deshalb setzen wir auch in Zukunft unsere Anstrengungen unvermindert fort. Wir werden unsere Aufgabe erst dann vollendet haben, wenn Frauen in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen wie Männer haben.

Die Jubiläumsausgabe von „Frau & Politik“

... unternimmt eine spannende Zeitreise durch die Jahrzehnte. Historische Texte, Bilder und Schlagzeilen lassen erkennen, daß das, was der heutigen Frauengeneration selbstverständlich erscheint, Schritt um Schritt mühsam erkämpft wurde. Die kraftvollen Frauengestalten, die den Weg für die Frauen in die Politik gebahnt haben: Helene Weber, Elisabeth Schwarzhaupt, Aenne Brauksiepe, Helga Wex und Rita Süsmuth, um stellvertretend für viele nur einmal die Vorsitzenden und die erste mühsam erkämpfte Ministerin zu nennen – sie gehörten nicht zu den Mächtigen dieser Welt. Sie waren abhängig von der Gunst der Männer, die die Macht in ihren Händen hielten.

Die erste Vorsitzende Helene Weber verband ihre Vorstellung von Zukunftsgestaltung mit der Überzeugung, daß die Last der Geschichte und die Probleme der Zeit Männern wie Frauen auferlegt waren. Den Frauen geht es um ihr selbstverständliches Recht, als Bürgerinnen eines demokratischen Staatswesens an der Gestaltung dieses Staates



**Wir sind
am Zug!**

angemessen beteiligt zu werden. Und dazu gehört, daß dem Kompetenzzuwachs der Frauen auch ein Machtzuwachs folgen muß.

Die Jubiläumsausgabe ist erhältlich bei: Bundesgeschäftsstelle der Frauen-Union der CDU, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn

Jenseits des Lächelns

Schröder im Spiegel der Presse

Das strahlende Siegerlächeln aus Niedersachsen verliert von Tag zu Tag seinen Glanz. Immer weniger gelingt es Schröder, über seine Defizite hinwegzutäuschen. Hinter der Fassade Schröder stehen weder Ideen noch Grundüberzeugungen, nur persönliches Machtstreben. Auch in der deutschen und internationalen Presse finden sich zunehmend Stimmen, die dieses Fazit teilen:

● „Schröder ist ‚prinzipienlos‘, wenn man so will.“ (Tagesspiegel, 5. 3. 1998)

● „Das personalisierte Vakuum“ (taz, 5. 3. 1998)

● „Schröders Dynamik kann nichts anderes sein als eine vorsichtshalber inhaltsleer gehaltene Bereitschaftserklärung.“ (FAZ, 5. 3. 1998)

● „Ideale scheinen Schröders Stärke nicht zu sein.“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 6. 3. 1998)

● „Daß Schröder beim Bundeskongreß der SPD-Nachwuchsorganisation Jungsozialisten [...] durch Abwesenheit glänzte, zeigt die fehlende Bereitschaft, für klare Positionen zu kämpfen.“ (Handelsblatt, 30. 3. 1998)

● „[...] Schröder hat nicht nur zur beliebten Frage ‚Wer mit wem?‘ in kürzester Zeit alles gesagt – und auch das Gegenteil. Auch in zentralen Bereichen der Politik, wie der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, entzieht sich das Chamäleon der deutschen Politik der Erkennbarkeit.“ (Berliner Morgenpost, 3. 4. 1998)

● „Er redet daher wie Blair, lächelt wie Kennedy und verkörpert, eine dauerhaft lächelnde junge Frau an seiner Seite, den Elan vom mannhaften Neuerer. Er explo-

diert vor Optimismus. Nur Ideen explodieren bei dem Mann nicht.“ (Berliner Morgenpost, 5. 4. 1998)

● „Das Label Schröder verpackt geschickt die Kerneigenschaft seines Politikangebots: öde.“ (taz, 18. 4. 1998)

● „[...] der große Populist“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 4. 1998)

● „Was ist eigentlich neu an Schröders ‚neuer Mitte‘? Nicht mehr als das Wort neu. Und natürlich Schröders schräges Hollywood-Lächeln.“ (Information, Kopenhagen, 2. 4. 1998)

● „Herr Ungefähr“ (Die Zeit, 23. 4. 1998)

● „Offenbar wurde [...] Schröders politische Prinzipienlosigkeit und mangelndes Gespür für außenpolitische Feinheiten.“ (Rheinische Post, 23. 4. 1998)

● „Die Tatsache, daß er ein hohles Gefäß ist, das reaktionäre Weltverbesserer wie Oskar Lafontaine oder Jürgen Trittin nur zu gerne mit Inhalten füllen, macht ihn zu einem unkalkulierbaren Risiko.“ (Wirtschaftswoche, 24. 4. 1998)

● „Im Leben eines Menschen gibt es, so George Bernhard Shaw, zwei Tragödien: Die eine ist die Nichterfüllung eines Herzenswunsches, die andere seine Erfüllung. Wenn der Herzenswunsch Kanzleramt heißt, kann aus der zweiten Tragödie auch eine für das Land werden.“ (Wirtschaftswoche, 24. 4. 1998)

● „Der ‚Corriere della Sera‘ schrieb, es sei leichter, Gelatine an eine Mauer zu kleben, als den Herausforderer Kohls auf präzise Positionen festzulegen. Ähnliche Kritik hatte es [...] bei Schröders erster Auslandsreise nach Israel gegeben.“ (Rheinische Post, 6. 5. 1998)

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir werden uns an dem unwürdigen Schauspiel nicht beteiligen

Zu Spekulationen über das Amt des Bundespräsidenten erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Zeitungsberichte, nach denen sich die CDU-Führung angeblich darauf verständigt habe, den sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu benennen, sind falsch und frei erfunden. Ich stimme mit Kurt Biedenkopf völlig überein, der sich zu Recht gegen eine solche Diskussion verwahrt hat.

Die aktuelle Diskussion über das Amt des Bundespräsidenten ist nicht akzeptabel. Die Würde des Amtes und der Respekt vor dem amtierenden Staatsoberhaupt gebieten es, dieses Thema nicht in den Wahlkampf zu ziehen. Allein die Wähler werden bei der Bundestagswahl über die Zusammensetzung der Bundesversammlung, die den nächsten Bundespräsidenten wählen wird, entscheiden. Die Achtung vor der Souveränität der Wählerinnen und Wähler verbietet jede Personalspekulation über das höchste Staatsamt.

Ein unerträglicher Vorgang

Die CDU wird sich keinesfalls an dem unwürdigen Schauspiel, das die SPD in diesen Tagen liefert, beteiligen. Schon vor der Bundestagswahl und damit vor der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler verteilen die Sozialdemokraten ohne jede Hemmung die Ämter des Bundespräsidenten und des Bundestagspräsidenten unter sich. Es ist ein unerträglicher Vorgang, wenn der neue nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement das Amt

des Bundespräsidenten in Interviews bereits an seinen Amtsvorgänger Johannes Rau vergibt. Und dieses nur, weil die SPD-Führung Rau allein mit dem Versprechen, Bundespräsident zu werden, zum Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten bewegen konnte. Ebenso absurd sind die SPD-Spekulationen über die Neubesetzung des Amtes des Bundestagspräsidenten.

Aus Achtung vor dem Amt

Ich fordere die Sozialdemokraten auf, aus Respekt vor der freien Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl und aus Achtung vor dem Amt des Bundespräsidenten die unwürdige Diskussion über Posten-Verteilung an SPD-Politiker sofort einzustellen.

Größter Kreisverband

Mit 8.350 Mitgliedern hat der Kreisverband Rhein-Sieg seine Stellung als größter Kreisverband der CDU Deutschlands seit Herbst 1997 weiter ausgebaut. Das größte Plus verbuchte im vergangenen Jahr der Stadtverband Troisdorf. Nach 42 Neueintritten kletterte die Mitgliederzahl über die 600er Marke.

Mit 904 die meisten Mitglieder unter den 19 Stadt- und Gemeindeverbänden zählt 1998 Sankt Augustin. Es folgen Königswinter mit 742 und Siegburg mit 676. Troisdorf nimmt mit 615 Mitgliedern den fünften Platz ein.

Unser Staat darf nicht zur Beute hemmungsloser Machtinteressen einer Partei werden

Bundesminister Friedrich Bohl zu den beabsichtigten Personalmaß- nahmen der SPD:

Laut jüngsten Umfragen sind über 70 Prozent der Wähler der Überzeugung, der Ausgang der Bundestagswahl am 27. September ist völlig offen und noch nicht entschieden. Gleichzeitig verhält sich die SPD aber so, als habe der Wähler bereits gesprochen und verteilt ungeniert sämtliche Schlüsselpositionen in unserem Staat. Dies ist ein würdeloses Schauspiel und darf nicht hingenommen werden.

Vom Staatsoberhaupt über den Bundestagspräsidenten bis hin zu den Richtern der obersten Bundesgerichte und den höheren Bundesbeamten soll alles mit SPD-Gefolgsleuten besetzt werden. Roter Filz soll über das Land ausgebreitet werden. Deutschland wird auf rot geschaltet. Ohne das Wählervotum abzuwarten, behandelt die SPD den Staat jetzt schon als ihre Beute.

Besonders niederträchtig ist, daß mit der zur Loyalität verpflichteten Beamtenschaft angefangen wird. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, daß SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering nach Zeitungsinformationen zu den in den Ministerien bestehenden SPD-Kampfgruppen schon jetzt Kontakt aufgenommen hat und Listen von Beamten erstellen läßt, die später aus ihren Ämtern entfernt werden sollen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Haushaltungsausschusses und SPD-Abgeordnete Helmut Wiczorek soll sogar eine genaue Bedarfsermittlung vorgenommen haben,

mit dem Ergebnis, 300 Top-Positionen mit SPD-Gefolgsleuten zu besetzen. Diese hemmungslose Machtgier der SPD würde den Steuerzahler sehr teuer zustehen kommen und viele zusätzliche Steuermillionen kosten.

Das von der SPD praktizierte Blockwart-Vorgehen verletzt die betroffenen Beamten massiv in ihren Persönlichkeitsrechten und ist für die Bonner Beamtenschaft insgesamt eine unzumutbare und unverfrorene Aktion. Mit diesen „Abschußlisten“ beweist die SPD, wie sie sich mit hemmungsloser Ämterpatronage auf Kosten loyaler Staatsdiener den Staat als Beute einverleiben will.

Herr Wiczorek und Herr Müntefering sind aufgefordert, die Listen umgehend den Personalräten der jeweiligen Bundesministerien offenzulegen. Jeder Betroffene hat ein Anrecht darauf zu erfahren, ob er dort aufgeführt wird, um sich ggf. mit rechtlichen Schritten dagegen wehren zu können.

Darüber hinaus würde das hohe Ansehen des Bundesverfassungsgerichtes und der obersten Bundesgerichte beschädigt, wenn die in den ersten 15 Monaten nach der Bundestagswahl neu zu wählenden 18 Richter ausschließlich mit SPD-Gefolgsleuten besetzt werden sollten. Damit würde die SPD die verfassungsrechtlich vorgegebene Unabhängigkeit der Justiz untergraben.

Auch tut die SPD so, als sei sie schon stärkste Bundestagsfraktion und läßt zu, daß Herr Thierse sich selbst zum zukünftigen Bundestagspräsidenten ausruft.

Versäumnisse der niedersächsischen Landesregierung müssen endlich auf den Tisch

Zu den Castor-Transporten erklärte der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Paziorek:

Mit ihrem Nichterscheinen zur Besprechung bei Bundesumweltministerin Merkel haben die Umweltminister der insbesondere betroffenen Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dokumentiert, daß es ihnen nicht um die Sache und die Klärung der Verantwortlichkeiten geht. Im Gegenteil, sie wollen ihre Verantwortlichkeit vertuschen.

Die für die Aufsicht über die Kernkraftwerke in Niedersachsen zuständige frühere Umweltministerin Griefahn saß bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Amt im März d. J. im Aufsichtsrat des Kernkraftwerksbetreibers Preussen Elektra.

Seitdem sitzt Ministerpräsident Schröder selber im Aufsichtsrat und kontrolliert sich gewissermaßen selbst. Als Ministerpräsident ist er in Fragen der kerntechnischen Sicherheit mit zuständig für die Aufsicht über dieses Unternehmen, das er über den Aufsichtsrat

gewissermaßen selbst betreibt. Auch er ist völlig abgetaucht. Hinweise darauf, daß er seinen verschiedenen Kontrollfunktionen nachgekommen wäre, sind bisher nicht bekannt. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch die Tatsache zu bewerten, daß er zur letzten Sitzung nur einen Referatsleiter geschickt hat.

Es wird daher endlich Zeit, Licht in die dubiose Rolle der niedersächsischen Landesregierung zu bringen und deren Versäumnisse aufzuklären. Nach dem Atomgesetz sind die Länder für die Aufsicht über die Kernkraftwerke zuständig.

Daher hätten sie bei Auftreten des Verdachts von Grenzwertüberschreitungen sofort Kontrollmessungen anordnen müssen. Derartige Messungen sind auch von niedersächsischen Behörden veranlaßt worden. Warum aus den festgestellten Grenzwertüberschreitungen keine Konsequenzen gezogen worden sind, würden wir uns gerne vom niedersächsischen Umweltminister in der nächsten Sitzung des Unterausschusses des Bundestages erklären lassen.

Der Griff nach höchsten Staatsämtern macht auch vor dem Amt unseres Bundespräsidenten nicht Halt. In SPD-Verlautbarungen gilt es bereits als ausgemacht, als würde der gerade in NRW außer Dienst gestellte Johannes Rau nächster Bundespräsident werden. Und dies, obwohl eine Neuwahl erst im Mai nächsten Jahres ansteht und die Wahl eines SPD-Kandidaten

z. Z. nur mit Hilfe der PDS möglich wäre. In der Bundesversammlung besitzt die Koalition der Mitte nach aktuellem Stand 657 Mitglieder, Rot-Grün nur 619. Unser Staat darf nicht zur Beute hemmungsloser Machtinteressen einer Partei werden. Die Wähler haben es in der Hand, den totalen SPD-Staat am 27. September zu verhindern. ■

Kabinett Simonis

Die Finanzlage des Landes ist der Maßstab der Halbzeitbilanz

„Der Maßstab für die Halbzeitbilanz der rot-grünen Landesregierung ist die Finanzlage des Landes. Daran gemessen steht das zweite Kabinett Simonis unmittelbar vor dem Gang zum Konkursrichter. Daraus folgt: Die Leistung der Regierung ist mangelhaft; die selbst gesteckten Ziele sind nicht erreicht worden; das auch ein Modell für Bonn sein sollte, ist zwei Jahre nach der ersten Regierungserklärung schlichtweg am Ende. Schleswig-Holstein beweist: Rot-Grün ist kein Zukunftsmodell für Schleswig-Holstein und schon gar keine akzeptable Perspektive für Bonn und Berlin.“

Das erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg, zur Halbzeit der rot-grünen Landesregierung.

Er verkenne nicht, sagte Kayenburg, daß nicht alle Probleme, vor denen die Landesregierung jetzt stehe, hausgemacht seien. Der weitaus überwiegende Teil des finanzpolitischen Desasters, das in seiner gesamten Dimension erst jetzt von der Landesregierung selbst eingeräumt worden sei, sei jedoch auf krasse Fehlentscheidungen der jetzigen Landesregierung, aber auch ihrer Vorgängerin, zurückzuführen. „Die rot-grüne Landesregierung muß jetzt die Mißernten einfahren, die die SPD-Landesregierungen seit Jahren verursacht haben“, erklärte Kayenburg.

Kayenburg erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ergebnisse der 1992 auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion eingesetzten Enquete-Kommission „Entbüro-

ktrisierung“, von denen fast gar nichts umgesetzt worden sei. Statt diese Ergebnisse ernst zu nehmen und mit einer wirklichen Aufgabenkritik und daran anschließend mit der Zurückführung staatlicher Aufgaben zu beginnen, um Personalkosten einsparen und einen „schlanken Staat“ schaffen zu können, habe sich insbesondere die Ministerpräsidentin darauf beschränkt, pauschale Beamtenschelte zu üben, Leitbild Diskussionen führen zu lassen und ähnliche Debattierclubs zu fördern. „Konkretes Handeln mit dem Ziel, den schlanken Staat zu schaffen, hat es fast gar nicht gegeben“, sagte Kayenburg. So sei zum Beispiel der sinnvolle zweistufige Verwaltungsaufbau nicht erreicht worden. Statt dessen seien neue Bürokratien aufgebaut worden.

Soliden Sparkurs aufgezeigt

Zu erinnern sei auch daran, daß die CDU-Landtagsfraktion in ihren Haushaltsanträgen seit 1993 einen soliden Sparkurs aufgezeigt habe, der die heutige desaströse Finanzsituation vermieden hätte. Wie der Entschließungsantrag zum Haushalt 1998 seien auch die früheren finanzpolitischen Anträge der CDU-Landtagsfraktion von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen abgelehnt worden. Mangels besserer Argumente habe man vergeblich versucht, die Vorschläge der CDU lächerlich zu machen. Die spätere teilweise Übernahme der CDU-Positionen sei ein Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit. „Ich wage die Prophezeiung“, sagte Kayenburg, „daß wesentliche Bestandteile unseres Entschließungsantrages zum Haus-

halt 1998 mit dem Nachtragshaushalt der rot-grünen Landesregierung übernommen werden.“

Kayenburg warnte davor, den Blick angesichts der neuesten Steuerschätzung jetzt schon zu sehr auf den Haushalt 1999 zu lenken. Frau Simonis und ihr Finanzminister stehen im Haushalt 1998 vor Millionenlöchern, die erst einmal gestopft werden müssen. Kayenburg erinnerte daran, daß im Haushalt 1998 folgende Summen eingestellt seien, von denen überhaupt nicht klar sei, wie sie realisiert werden sollten:

- Erlös aus der Veräußerung von Telefonanlagen: 10 Mio. DM.
- Einnahmen aus der Veräußerung der Beteiligung bei der Flughafen Hamburg GmbH: 100 Mio. DM.
- Globale Mehreinnahmen durch den verfassungswidrigen Immobiliendeal: 250 Mio. DM.
- Rückzahlungen aufgrund der Verfassungswidrigkeit der Landesabfallabgabe: 110 Mio. DM.
- Globale Minderausgaben, verteilt über alle Einzelpläne: 88 Mio. DM.

Dies bedeute eine Gesamtsumme von rund 550 Millionen Mark, die nicht solide im laufenden Haushalt finanziert sei. Dabei sei noch nicht berücksichtigt, daß auch die Einstellung des Verkaufs von Anteilen an der Landesentwicklungsgesellschaft eine Luftnummer im angeblich so soliden rot-grünen Landeshaushalt sei, die jetzt nur über den Buchungstrick einer Sonderauschüttung abgewickelt werden könne.

Die rot-grüne Landesregierung müsse sich an den Maßstäben messen lassen, die von der Ministerpräsidentin bei ihrer Regierungserklärung am 23. Mai 1996 im Landtag formuliert worden seien: „Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Gemeinsinn stärken“ seien damals die Versprechen gewesen, mit denen Rot-Grün angetreten sei.

„Schon das erste Versprechen,

„Arbeit schaffen“, ist nicht gehalten worden“, sagte Martin Kayenburg. „Am 1. April 1996 waren in Schleswig-Holstein 110.514 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote betrug 9,8 Prozent. Zwei Jahre später hat sich die Arbeitslosenzahl um 18.683 auf 129.197 bei einer Arbeitslosenquote von 11,2 Prozent erhöht. Dies ist die höchste Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein seit 1952.“ Wesentliche Gründe dafür seien in den falschen wirtschaftspolitischen Signalen der rot-grünen Landesregierung zu sehen. „Wenn sich die Regierungspartner um die wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen des Landes streiten, geht davon eben kein positives Signal an die Wirtschaft aus“. Der Streit um die A 20, der sich im Verlauf der weiteren Planung der Strecke quer durch Schleswig-Holstein bis zur Elbe fortsetzen werde, sei dafür nur ein Beispiel.

Die Ablehnung des Transrapid, die undifferenzierte Kritik an modernen Technologien und der grundsätzlich falsche Ansatz, auf staatliche Hilfen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu setzen statt auf die Förderung von Investitionen durch die Wirtschaft, seien hausgemachte Fehler, die auf die Ideologisierung der Wirtschaftspolitik durch die Grünen und leider auch weite Teile des SPD-Landesverbandes zurückzuführen seien. „Es gibt viel zu viele Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, die immer noch wie Jochen Steffen die ‚Belastbarkeit der Wirtschaft testen‘ wollen“, sagte Martin Kayenburg.

Auch das zweite Versprechen

von Frau Simonis, „Umwelt schützen“, leide unter der ideologischen Verbohrtheit der Grünen und von Teilen der SPD. Es sei schon bemerkenswert, daß der stellv. Ministerpräsident und Umweltminister Steenblock jetzt erkläre, er habe schon immer auf den von der CDU geforderten Vertragsnaturschutz gesetzt. „Wer dies sagt, nachdem er das Land zwei Jahre lang

im Zusammenhang mit den Landschaftsplänen in Naturschützer und Naturnutzer gespalten hat, ist ein übler Heuchler“, sagte Kayenburg. Er füge dem Naturschutz nachhaltigen Schaden zu. Das Versagen des Landes in der Abfallpolitik sei durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für jedermann sichtbar geworden.

Das dritte Versprechen

aus der Regierungserklärung, „Gemeinsinn stärken“, sei nichts anderes als eine propagandistische Leerformel, die durch die Wirklichkeit in Schleswig-Holstein eindeutig widerlegt werde. Noch nie zuvor in der Geschichte des Landes hätten so viele Menschen vor dem Landeshaus gegen die Politik einer Regierung protestiert. Wer den Gemeinsinn stärken wolle, müsse die Menschen zusammenführen, konsensfähig sein und nicht starrköpfig die eigenen Ziele zur absoluten Wahrheit erheben. Dazu gehöre es vor allem, auch ein zukunftsfähiges Bildungssystem für alle Kinder zu schaffen. Rot-Grün hat dagegen die auch

vom Landesrechnungshof festgestellte Gerechtigkeitslücke zwischen den Gesamtschulen und den Schulen des gegliederten Schulsystems geschaffen. Wenn Frau Simonis jetzt ankündige, endlich dem CDU-Vorschlag zu folgen und die bessere Personalausstattung der Gesamtschulen zugunsten des gegliederten Schulsystems zurückzuführen, sei dies das klare Eingeständnis einer bisher ungerechten Personalpolitik an den Schulen unseres Landes. Im rot-grünen Bündnisvertrag hätten die Regierungspartner den Satz unterschrieben: „Mit klaren Rahmenbedingungen die Unterrichtsversorgung sichern.“ Statt dessen würden in Schleswig-Holstein fast 27.000 Stunden weniger Unterricht erteilt als im Durchschnitt der Bundesländer.

„Ein Musterbeispiel dafür, wie Gemeinsinn nicht gestärkt werden kann, ist das neue Schulgesetz. Wie ein Flächenbrand hat sich im gesamten Land der Protest der Eltern gegen dieses neue Gesetz ausgebreitet, das auf Leistungsnivellierung statt auf Leistungsförderung setzt“, erklärte Kayenburg.

Der Demokratie Zukunft geben

So lautet das Thema einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu der deren Generalsekretär, Ottfried Hennig, für den 23. Juni in das Gewandhaus nach Leipzig eingeladen hat.

Es geht bei dem Bürgerrechtler-Kongreß um „Europas Weg zu Freiheit und Verantwortung“, – so der Untertitel – und um den Beitrag der Bürgerrechtler zur Zukunftsgestaltung Deutschlands.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Günter Rinsche, spricht Bundespräsident Roman Herzog.

Diskussionsbeiträge sind u. a. zu erwarten von Bärbel Bohley, Vera Lengsfeld, MdB, Konrad Weiß, Rainer Eppelmann, MdB, Angelika Barbe und Günter Nooke. Über „Zivilcourage in der Demokratie“ spricht der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Joachim Gauck.

Um 20 Uhr findet eine Benefizveranstaltung für das Bürgerbüro e. V., Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur, statt: mit Wolf Biermann und Jürgen Fuchs, die Prosa, Gedichte und Lieder vortragen.

Argumente

Politik für Frauen, Kinder und Familie

Auf einer Klausurtagung im Februar dieses Jahres hat der Bundesvorstand der **Frauen-Union** die folgenden vier Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode beschlossen:

1. Die Sicherung eines familiengerechten Einkommens

- Keine Familie darf allein wegen ihrer Kinderzahl auf Sozialhilfe angewiesen sein. Für die wachsende Zahl der Kinder von Alleinerziehenden muß die Altersgrenze, bis zu der **Unterhaltsvorschuß** geleistet wird, angehoben werden.
- Alle Eltern sollen die **Kinderbetreuungskosten** von der Steuerschuld absetzen können.
- Familienpolitische Leistungen sollen in einer **Familienkasse** gebündelt werden, damit die immer noch herrschende Unübersichtlichkeit bei den zustehenden Leistungen beseitigt wird.
- Die weitere Erhöhung des **Kindergeldes** muß denjenigen Einkommensgruppen zukommen, die es am dringendsten brauchen.

- Das **Erziehungsgeld** von bislang 600,- DM muß dynamisiert, und die Einkommensgrenzen müssen heraufgesetzt werden.

2. Die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Das **Kinderbetreuungsangebot** muß weiter verbessert werden – nicht nur für Kinder zwischen drei und sechs Jahren, sondern ebenso verlässlich für Kinder unter drei und über sechs Jahren. Insbesondere für Kinder im Grundschulalter muß ein bedarfsgerechtes und verlässliches Angebot der **Tagesbetreuung** geschaffen werden. Dazu gehören auch: verlässliche Unterrichtszeiten und ausreichendes Ferienangebot.
- Die Flexibilisierung der Arbeitszeit muß so gestaltet werden, daß sie mehr Spielraum für **Familienzeit** bringt.
- Der **Erziehungsurlaub** muß den Lebensphasen angepaßt und damit flexibler gestaltet werden (Splitting für Zeiten nach der Geburt, bei Einschulung, Übergang auf weiterführende Schulen, Krankheit).

3. Die Förderung familiengerechter Wohnbedingungen

Alleinerziehende und kinderreiche Familien haben große Schwierigkeiten, ausreichenden und preisgünstigen **Wohnraum** auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Deshalb sollte die Bereitschaft, Wohnungen für diesen Personenkreis zur Verfügung zu stellen, in eine aktive Familienpolitik mit einbezogen werden.

4. Die Gewährleistung einer familienbezogenen Bildung und Beratung sowie familienbezogener sozialer Dienste und Netzwerke

Zusätzliche Leistungen an Eltern sollen nur dann gewährt werden, wenn beide Partner vor Geburt eines Kindes

Wir sind

am Zug!



an einer **Elternschule** teilnehmen. Ziel ist die Förderung einer partnerschaftlichen Elternbeziehung und die Stärkung der Problemlösungskompetenz von Eltern.

In Kindergärten, Grundschule und weiterführenden Schulen müssen modernes Familienmanagement sowie Konfliktlösungsstrategien als reguläres Fach für alle verpflichtend vermittelt werden. Das heißt: Jungen und Mädchen müssen frühzeitig

- psychologische,
- pädagogische,
- ernährungswissenschaftliche,
- medizinische und
- betriebswirtschaftliche Kenntnisse erwerben.

Das Problem der Versorgung und Betreuung der nachwachsenden Generation und der Alten und Pflegebedürftigen im Sinne der Partnerschaft und Gleichberechtigung von Mann und Frau muß politisch gelöst werden, um die Arbeit, die Bezahlung und die Verantwortung zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Alte Muster leisten dazu keinen Beitrag. Solange wir zulassen, daß Ehe und Kinder anders als für Männer Risiken für Frauen schaffen, statt sie abzubauen, hat sich die grundgesetzliche Idee der Gleichstellung der Geschlechter nicht durchgesetzt.

**Aus der Rede der Bundesvorsitzenden der Frauen-Union,
Rita Süßmuth, auf der Festveranstaltung
„50 Jahre Frauen-Union der CDU“
am 6. Juni in Frankfurt am Main**

Reden Konrad Adenauers erschienen

Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform. Sie ist für uns eine Weltanschauung. Sie wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen. – Dieser Leitgedanke aus einer Grundsatzrede Konrad Adenauers im Nordwestdeutschen Rundfunk am 6. März 1946 über das Programm der CDU steht einer neuen Auswahl von Reden und Gesprächen des ersten Bundeskanzlers voran. Sie erscheint rechtzeitig zum 50. „Geburts-tag“ der Bundesrepublik im kommenden Jahr.

Grundlegende Weichenstellungen der Kanzlerschaft Adenauers „bestimmen bis heute die innere Struktur und außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik“, schreibt Herausgeber Felix Becker in seinem Vorwort. Der Versuch, die Adenauer-Ära als vormodern oder gar restaurativ darzustellen, gehöre ins Reich „parteilichtischer Mythenbildung“. Die historische Forschung bestätige: Adenauer war ein „ausgesprochener Modernisierer“.

Das zeigen auch seine Reden. Die jetzt vorliegende neue Auswahl umfaßt Reden zu elementaren Fragen deutscher und europäischer Politik, Wahlkampfreden und Ansprachen auf Parteitag, Reden bei Vereinigun-

gen der CDU und Gespräche mit Vertretern von Interessenverbänden, wiederholt Bilanzen, die nicht nur wirtschaftlichen Erfolg verkünden, sondern auch zeigen, daß Demokratie und Freiheit in der Bundesrepublik eine feste Grundlage gefunden haben. Und immer wieder die Frage der deutschen Einheit. Am Ende steht der Rückblick auf ein langes Leben, Adenauers Tischrede im CDU-Präsidium anlässlich seines letzten Geburtstages: „Meine Herren, heute bin ich 91 Jahre alt geworden ...“.

Konrad Adenauers Reden sind nicht nur Erinnerungsstücke. Sie können auch Wegweisung sein. „Wollen wir das freiheitliche demokratische Erbe dieser Republik wahren“, schreibt der Herausgeber, „so müssen wir uns ihrer Geschichte und ihrer geistigen Grundlagen vergewissern.“ Dazu trägt dieses Buch bei. Man liest darin gern – und zuweilen auch mit Vergnügen, denn das Protokoll vermerkt nicht nur „Zustimmung“ und „Beifall“, sondern gelegentlich auch „Heiterkeit“.

Konrad Adenauer: „Die Demokratie ist für uns eine Weltanschauung.“ Reden und Gespräche, 1946–1967. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben von Felix Becker. Böhlau Verlag Köln-Weimar-Wien 1998, DM 29,80.

Unsere
Elektronischen
Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

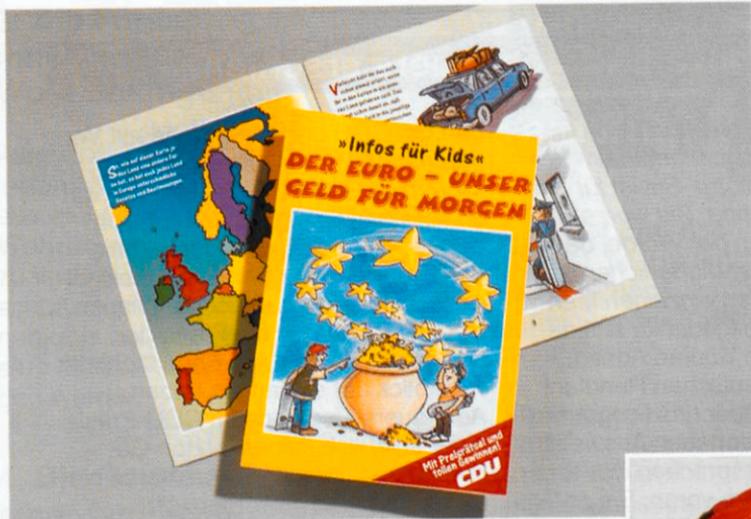
*CDU#

● X 400

c= de; a= dbp;

p= cdu; s= bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de



- **EURO für Kids**
Bestell-Nr.: 9365
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 23,50 DM



- **Baseball-Cap „EUROPA“**
Bestell-Nr.: 9416
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 8,00 DM



100 Tage Schröder

EIN ROT-GRÜN-DUNKELROTES PROTOKOLL

- **100 Tage Schröder**
Broschüre DIN A6
Bestell-Nr.: 5425
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 21,50 DM



● **Luftballon „50 Jahre Frauen-Union“**

Bestell-Nr.: 9401
 Verpackungseinheit: 500 Expl.
 Preis je 500 Expl.: 67,00 DM

**Alle Preise zzgl. MwSt.
 und Versand**

Bestellungen an: per Post:

IS-Versandzentrum

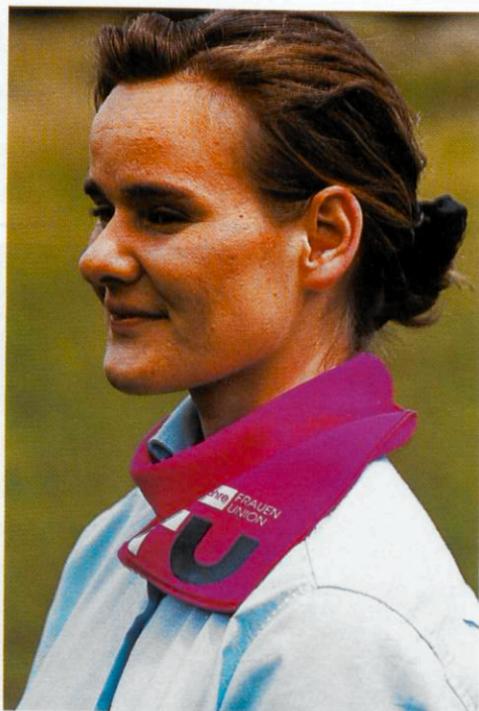
Postfach 1164

33759 Versmold

Fax: 0 54 23 / 41 52 1

E-Mail:

georg.simon@bertelsmann.de



● **Halstuch „50 Jahre Frauen-Union“**

Größe: 53cm x 93cm
 Bestell-Nr.: 9406
 Verpackungseinheit: 1 Expl.
 Preis je Expl.: 15,00 DM

● **Baumwoll-Tragetasche „50 Jahre FU“**

Bestell-Nr.: 9405
 Verpackungseinheit: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 19,50 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Straßenatlas für Deutschland und EUROPA

Ein besonderes Schnäppchen von dem namhaften Kartenhersteller „Marco Polo“, 144 Seiten

Bestell-Nr.: 9260
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 29,70 DM

UiD

19/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.